

Seminar

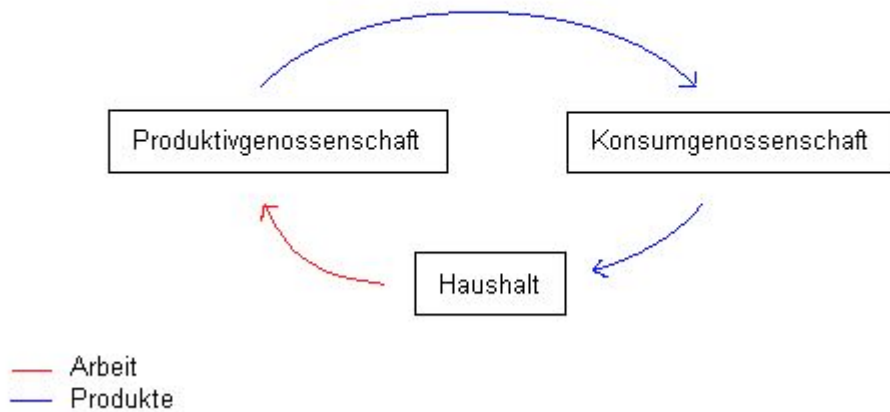
„Theorien der Unternehmung“

Januar 2001

Universität Zürich

Prof. Dr. Andreas Georg Scherer

UNTERNEHMENSTHEORIE UND DIE GENOSSENSCHAFTSIDEE



Heini Studer
Student BEPR (ETHZ)
Sichternstrasse 18
4410 Liestal

hestuder@student.ethz.ch
<http://n.ethz.ch/student/hestuder>

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgabenanalyse	
1.1 Fragestellung	3
1.2 Problemaspekte bestehender Systeme	3
1.3 Vision einer möglichen Lösungsvariante	4
2 Genossenschaftstheorie	
2.1 Charakteristika der Genossenschaften	5
2.2 Genossenschaftsarten	6
2.3 Genossenschaften und Staat	8
3 Situationsanalyse	
3.1 Kommunen	9
3.2 Freiwirtschaft	12
3.3 Kolchoz	13
3.4 Zusammenfassende Problemdefinition	14
4 Zielformulierung	
4.1 Integration ökologischer Aspekte in die Ökonomie	15
4.2 Aufrechterhaltung von Gerechtigkeit und Sicherheit	15
4.3 Nachhaltige Entwicklung	15
5 Konzeptsynthese	
5.1 Produktkreislauf	16
5.2 Wertekreislauf	17
5.3 Führungsstruktur	24
6 Konzeptanalyse	
6.1 Stakeholder Ansatz	26
6.2 Markt oder unternehmerische Planung	27
6.3 Entwicklungsmöglichkeiten	29
7 Quellenverzeichnis	31

1 Aufgabenanalyse

Nach der Methodik des Systems Engineering's soll eine Unternehmenstheorie erarbeitet werden, welche gestalterische Anstösse zu einer aktiven ethischen Rolle der Unternehmung in der Gesellschaft anregen soll. Dabei möchte ich mich speziell mit der genossenschaftlichen Idee auseinandersetzen. Bestehende Systeme sind kritisch zu hinterfragen und Folgerungen für eine optimalere Gestaltung des wirtschaftlichen Handelns zu entwickeln.

Nach einer Auseinandersetzung mit der Problemstellung möchte ich mich theoretischen Grundlagen und einer Analyse des Ist-Zustandes zuwenden. Daraus resultierend sollen Ziele formuliert werden und die Synthese eines Systems versucht werden, welches im Anschluss kurz analysiert werden soll.

Eine schriftliche Arbeit sowie ein Referat im Rahmen des Seminars "Theorien der Unternehmung" sollen das Resultat dieses Projektes sein.

1.1 Fragestellung

Ist unsere heutige Art des Wirtschaftens die best mögliche, oder kann das Ziel der Wirtschaft – die Befriedigung von Bedürfnissen unter Berücksichtigung der Knappheit von Ressourcen – über andere Wege erreicht werden, sodass gewissen Fehlentwicklungen des heutigen Systems umgangen werden können? Grundlegend fragt es sich deshalb, wie die Güterproduktion organisiert ist, wie produzierende und konsumierende Einheiten zusammenspielen.

Wie können die widerstrebenden Interessen, welche auf eine Unternehmung einwirken, harmonisiert werden? Weshalb existieren Interessenskonflikte, und sind diese unumgänglich? Die Unternehmung soll auch als Sozialsystem wahrgenommen werden. Kann eine Unternehmung eine gesellschaftliche Rolle übernehmen, welche über die Verwirklichung persönlicher Interessen hinausgeht? Es fragt sich, ob eine Unternehmung nur Resultat ihres Umfeldes ist, oder ob sie aktiv und eigenständig ihr Umfeld beeinflussen kann. Kann ein normatives Unternehmensbild sich empirisch durchsetzen und somit ethische Werte in die Gesellschaft einbringen?

Die Einstellung der Gesellschaft gegenüber der Wirtschaft ist oft kritisch. Obwohl sich die Wirtschaft aus den Handlungen jedes einzelnen zusammensetzt, ist das Verständnis über ihr Funktionieren beschränkt. Die Einflussmöglichkeiten des einzelnen sind gering. Gleichzeitig besteht somit auch nicht die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Ist ein wirtschaften auf verständlicher Basis möglich und könnte somit die Übernahme von Verantwortung verstärkt werden? Ist die Komplexität der heutigen Wirtschaft gerechtfertigt, oder verringern Transaktionskosten die Gewinne aus Produktivität und Handelsbeziehungen?

Ebenso möchte ich mich mit dem Wertbegriff auseinandersetzen. Kann mit dem heutigen Wertbegriff der Umgang mit der Natur nachhaltig stattfinden? Können ökologische oder soziale Aspekte in den Wertbegriff integriert werden? Dabei möchte ich mich nicht stricken an die kardinale oder ordinale Werttheorie halten, sondern mich mit beiden Auffassungen auseinandersetzen.

1.2 Problemaspekte bestehender Systeme

a) Wert natürlicher Ressourcen

Unser Wirtschaftssystem weist Mängel im Umgang mit natürlichen Ressourcen auf. Durch Lenkungsmechanismen könnten Schäden begrenzt werden, es stellt sich meiner Ansicht nach jedoch die Frage nach einer umfassenderen Wertdefinition, welche die Ökologie in die Ökonomie integriert. Im Wettbewerb ist es schwierig, ohne Beeinträchtigung der rein betriebsökonomischen Erfolgsfaktoren nachhaltiges Wirtschaften zu betreiben. Hingegen wäre es wohl wichtiger, dass die weltweiten Ressourcen ökonomisch eingesetzt werden als dass die Betriebsökonomie einen Gewinn erwirtschaftet.

b) Ungleichheit im Wert der Arbeit

Der (relativ) freie Markt hat zu starken Einkommensunterschieden innerhalb der Gesellschaft sowie global geführt. Obwohl die Leistungserbringung genau die selbe sein mag, wird hier ein grosser Wertunterschied implementiert. Dies erzeugt soziale und globale Spannungen. Wissen und Macht sind möglicherweise Faktoren welche, welche es hoch-entwickelten Ländern erlaubt, Güter aus weniger entwickelten Nationen äusserst günstig zu beziehen (Billiglohnländer). Dies bringt zwar wirtschaftliche Aktivität in die betreffenden Länder, aufgrund der tiefen Löhne jedoch kaum Wohlstand. Würden tatsächlich alle Entwicklungsländer zu hoch-entwickelten Ländern werden, so würden billige Produktionsstätten fehlen. Wohlstand, welcher auf günstigen Arbeitskräften aus Billiglohnländern basiert, wäre nicht mehr aufrecht zu erhalten.

c) Widersprüchliches Verhalten des Menschen

Es wäre des Konsumenten Pflicht, die Vor- und Nachteile des Angebots abzuklären und aufgrund dieser seinen Kaufentscheid zu fällen. Der Mensch in seiner Rolle als Konsument übersieht jedoch einerseits wegen unvollständiger Information andererseits aufgrund von Ignoranz Nachteile, welche ihn direkt nicht sofort betreffen. Ist er nicht in einen diesbezüglichen Entscheidungsprozess verwickelt, so mag er ökologische oder ethische Probleme objektiv wahrnehmen und verurteilen, im Kaufentscheid mögen persönliche Interessen hingegen überwiegen. Als Arbeitnehmer oder Anwohner mag er gar selbst unter negativen Konsequenzen seines Kaufentscheides leiden (z.B. Autobahnlärm resultierend aus dem Konsum importierter Ware oder tiefe Löhne aufgrund günstigen Angeboten). Häufig sind die nachteiligen Auswirkungen des Konsums nicht direkt für den Konsumenten spürbar, da eine geographische oder anderweitige Verteilung stattgefunden hat (Auslagerung der Produktion in "Billiglohnländer"). Der Entscheidungsbereich deckt sich nicht mit dem Einflussbereich.

d) Mangelnde Organisation

Arbeitslosigkeit ist meiner Ansicht nach Ausdruck für eine mangelnde Organisation. Selbst in Ländern mit grossen Wohlstandsdefiziten - wo viele unbefriedigte Bedürfnisse vorhanden sind - ist Arbeitslosigkeit anzutreffen (Osteuropa, Russland, Afrika, ...). Obwohl Arbeit vorhanden wäre, fehlt eine Organisation, welche die Arbeitsbereitschaft der Arbeitslosen in Güter umwandelt. Ebenso scheint es an Absatzorganisation zu fehlen, wenn Arbeiter einer Pneu-fabrik die produzierte Ware an der Landstrasse verkaufen - jeder seine zwei Stück "Naturallohn".

1.3 Vision einer möglichen Lösungsvariante

Eine genossenschaftlich organisierte Unternehmung übernimmt weitmöglichst die Aufgabe, die Bedürfnisse seiner Genossenschaftler zu befriedigen unter Nutzung derer Arbeitskraft und Kapital. Ein internes Wertesystem leitet die Produktion und Verteilung der Güter nach den Gesetzen des Marktes in einem nachhaltigen Rahmen. Der Entscheidungsbereich der Organisation soll sich somit mit dem Einflussbereich decken. Die absolute Selbstversorgung wird ohne überschreiten einer unkoordinierbaren Grösse jedoch kaum möglich sein, weshalb ein "Aussenhandel" mit anderen genossenschaftlichen Unternehmen oder anderen nachhaltig wirtschaftenden Wirtschaftssubjekten (herkömmliche Unternehmungen und Haushalte) betrieben wird. Entsprechend dem Wert des Exports können Güter importiert werden. Der interne Absatz verleiht der Unternehmung auch in schwierigem Umfeld Stabilität, die Stabilität der Unternehmung garantiert eine Versorgungssicherheit der Genossenschaftler. Es sollen interne Bedürfnisse sein, unter Umständen auch der Vergleich mit dem externen Wohlstandsniveau, welcher Aufrechterhaltung der Qualität und Innovation sicherstellt.

Jede Genossenschaft verfügt somit über den Wohlstand, den sie selbst produzieren kann, und lebt nicht von oder leidet unter der Ausnutzung sozialer oder geographischer Unterschiede.

2 Genossenschaftstheorie

2.1 Charakteristika der Genossenschaften

a) Förderungsauftrag

"Eine Genossenschaft ist der Zusammenschluss einer Gruppe von Wirtschaftssubjekten, die durch Leistungen einer gemeinsam getragenen Unternehmung die Förderung ihrer eigenen Wirtschaften (Haushaltungen oder Unternehmungen) betreiben." (Zerche/Schultz, 2000)

Der genossenschaftlichen Unternehmung werden Aufgaben zugeteilt, von welchen die Mitglieder erwarten, dass sie gemeinsam besser gelöst werden können als individuell (*Funktionsausgliederung*). So können Absatz-, Einkaufs- und Produktivgenossenschaften unterschieden werden.

- *Absatzgenossenschaften* sind Unternehmungen, welche den Absatz der Produkte ihrer Mitglieder übernehmen. Beispiel hierzu sind die Volg-Genossenschaften (Verein ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften), welche (zumindest ursprünglich) den Absatz der ostschweizer Landwirte gewährleisten sollten.
- *Einkaufsgenossenschaften* übernehmen den Einkauf für einzelne Betriebe, da beim Auftritt als gemeinsame grosse Organisation bessere Konditionen erwartet werden können. Dies können Zusammenschlüsse von Gewerbebetrieben, einzelner Warenhändler oder auch Haushalte sein. Die EDEKA in Deutschland (Einkaufszentrale der Kolonialwarenhändler, ursprünglich E.d.K.) besteht zum Beispiel aus selbständigen Kaufleuten, welche ihren Einkauf zentral abwickeln. Hingegen sind die Mitglieder von Konsumgenossenschaften wie Migros direkt Haushalte, welche so zu guter Ware zu günstigen Preisen zu kommen hoffen.
- In *Produktivgenossenschaften* sind Arbeitnehmer vereinigt, welche ihre Arbeit gemeinsam Nutzen wollen. Als solche können Kommunen angesehen werden, welche eine Alternative zum kapitalistischen Arbeitgeber-Arbeitnehmer Verhältnis darstellen sollen.

Eine strikte Trennung dieser drei Typen ist wenig sinnvoll, da den Gemeinschaftsunternehmen oft mehrere Funktionen übertragen werden respektive sich im Laufe der Zeit entwickeln. So übernehmen Einzelhandelszentralen auch Aufgaben im Absatzbereich, oder Kommunen (Produktivgenossenschaften) kümmern sich auch um die Güterbeschaffung zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder.

b) Identitätsprinzip

Die Eigenart der Genossenschaft besteht also darin, dass ihre Genossenschafter einerseits Eigentümer, gleichzeitig aber auch Kunden oder Lieferanten der Genossenschaft darstellen. Während üblicherweise auf Zulieferer- als auch auf Abnehmerseite ein freier Markt ist, besteht die eine Marktseite der Genossenschaft aus ihren Mitgliedern. Aus Sicht einer Einkaufsgenossenschaft bedeutet dies beispielsweise, auf der Zuliefererseite möglichst günstige Preise zu erzielen, hingegen auf der Absatzseite die Vorteile an die Genossenschafter weiterzuleiten und nicht möglichst hohe Preise zu verlangen, wie unter kapitalistischen Unternehmungen üblich. Für Absatzgenossenschaften entsprechend umgekehrt. Entsprechend steht nicht der Gewinn der genossenschaftlichen Unternehmung im Vordergrund, sondern der wirtschaftliche Vorteil der Mitglieder. Häufig werden bei finanziellen Überschüssen Rückvergütung proportional zum Leistungsbezug gewährt anstelle von Anteilsdividenden.

Dem Identitätsprinzip nach richtet sich die genossenschaftliche Leistungserbringung lediglich an Mitglieder, weshalb das Nichtmitgliedergeschäft lange Zeit verboten war. Dies wurde speziell von Konkurrenten gefordert. Heute ist das Nichtmitgliedergeschäft zugelassen, ansonsten dürften wir nur als Genossenschafter bei Konsumgenossenschaften wie Migros einkaufen.

c) Demokratieprinzip

Um Mitglied der Genossenschaft zu werden, muss ein Anteilsschein gezeichnet werden. Es können auch zusätzliche Anteilscheine gezeichnet werden, jedoch wird unabhängig von der finanziellen Beteiligung jedem Genossenschafter in der Generalversammlung eine Stimme gewährt. Dies führt dazu - speziell wenn keine Dividende/Verzinsung ausgeschüttet wird - dass die Zeichnung von zusätzlichem Eigenkapital relativ unattraktiv ist. Zudem wird beim Austritt aus der Genossenschaft üblicherweise lediglich die einbezahlte Summe zurückerstattet und kein Anteil von den gebildeten Reserven. Mit dem Austritt ist auch eine Kündigungsfrist verbunden, und ein Verkauf der Mitgliedschaft ist nicht möglich. Diese Umstände mögen unattraktiv erscheinen, sind jedoch für die Stabilität und Kontinuität der Genossenschaft wichtig. Neben der Generalversammlung existieren als Organe der Genossenschaft noch der Vorstand und der

Aufsichtsrat. Als Parallele zur Demokratie kann die Generalversammlung mit der Legislative, der Vorstand mit der Exekutive und der Aufsichtsrat mit der Judikative verglichen werden. Bei Genossenschaften mit sehr vielen Mitgliedern kann eine Vertreterversammlung die Generalversammlung ersetzen (vergleiche Parlament). Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat müssen grundsätzlich Genossenschafter sein. Dies würde bedingen, dass der Vorstand nebenamtlich geführt wird, da die Mitglieder selbst Wirtschaftssubjekte darstellen. Aufgrund der zunehmenden Grösse und Komplexität gewisser Genossenschaften wird jedoch oft ein vollamtliches Management eingesetzt, welches eine "Pro-Forma-Mitgliedschaft" besitzt. Ein weiteres Problem, welches hieraus resultiert, ist die Belegschaftsmitbestimmung. Rechtliche Vorschriften schreiben oft (ab einer bestimmten Grösse) eine Beteiligung der Arbeitnehmerschaft in Aufsichtsrat und Vorstand vor. Die Mitarbeiter der Genossenschaft sind hingegen nicht per se Genossenschafter, aber trotzdem muss der Mitarbeiterbeteiligung Rechnung getragen werden, auch wenn dies dem Demokratieprinzip widerspricht.

d) Rechtsformneutralität

Förderungsauftrag, Identitätsprinzip und Demokratieprinzip sind die zentralen Charakteristika der Genossenschaften. Zu erwähnen ist, dass die Genossenschaft grundsätzlich rechtsformneutral ist. Es existiert zwar die spezielle Rechtsform der Genossenschaft, hingegen können auch andere Rechtsformen wie Aktiengesellschaft oder GmbH nach genossenschaftlichen Kriterien geführt werden und somit als genossenschaftliche Unternehmungen bezeichnet werden. (Ich halte mich in diesem theoretischen Teil primär an das Deutsche Genossenschaftsrecht, wie es von Zeche/Schultz in "Genossenschaften als Kooperation" vorgestellt wird.)

In grossen genossenschaftlichen Wirtschaftsgebilden trifft man gewissermassen auch auf Mischformen, beispielsweise bei der EDEKA, wo Genossenschaften, Aktiengesellschaften und GmbH ein komplexes Netz bilden. (Die Einzelhändler sind Mitglied einer Einkaufsgenossenschaft und Gesellschafter einer regionalen Handelsgesellschaft mbH. Diese gemeinsamen Unternehmen wiederum sind Aktionäre der EDEKA Zentrale AG, welche Beteiligungen an anderen Handelsketten führt und zu 100% die Zentralhandelsgesellschaft mbH besitzt, welche seinerseits zu 50% an den regionalen Handelsgesellschaften mbH beteiligt ist.) Zu erwähnen ist diesbezüglich die Unterscheidung von Primär- und Sekundärgenossenschaften. Primärgenossenschaften sind Zusammenschlüsse beliebiger Wirtschaftssubjekte, während Sekundärgenossenschaften Zusammenschlüsse von Primärgenossenschaften sind (vergleiche Coop Schweiz und ihre Regionalgenossenschaften).

2.2 Genossenschaftsarten

Die heute existierenden Genossenschaften können folgendermassen systematisiert werden:

a) Genossenschaftsbanken

Sie betreiben bankübliche Geschäfte zur Förderung ihrer Mitglieder. Zu erwähnen sind hier Raiffeisen- und Volksbanken. Zum Teil tragen diese noch dem von Raiffeisen geprägten Universalprinzip Rechnung und betreiben neben den klassischen Bankgeschäften auch das ländliche Warengeschäft (siehe b).

Bedeutung: 1995 Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken in Deutschland rund DEM 1,15 Billionen bei total DEM 6 Billionen aller Kreditinstitute.

b) Ländliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften

Sie übernehmen Aufgaben zur Förderung der ihnen angeschlossenen Landwirte. Beispielsweise der Bezug von Saatgut und Dünger, Absatz landwirtschamtlicher Produkte, gemeinsame Maschinenhaltung und Durchführung von Lohnarbeit und Transportaufgaben im Pflanzenschutz und bei der Getreideernte. Es können unterschieden werden: Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft, Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Molkereigenossenschaften, Vieh- und Fleischhandelsgenossenschaften, Obst- / Gemüse- / Gartenbaugenossenschaften und Winzergenossenschaften.

Bedeutung: Durchschnittlich 50% des Gesamtumsatzes der westdeutschen Landwirtschaft wird über ländliche Genossenschaften abgewickelt.

c) Einkaufsgenossenschaften

- *des Nahrungs- und Genussmitteleinzelhandels:* Zusammenschluss von Lebensmitteleinzelhändlern, die durch gemeinsamen Einkauf günstige Konditionen erwarten. Oft übernimmt die Genossenschaft auch weitere Aufgaben im Dienstleistungsbereich: Finanzierungs- und Beratungshilfen bei der Selbstständigmachung, Standortsicherung für neue Geschäfte, Werbung und Buchführung. Beispiele sind die deutsche REWE- und EDEKA-Gruppe. Bedeutung: Umsatz EDEKA und REWE zusammen über DEM 50 Milliarden.
- *im Non-Food-Einzelhandel:* Genossenschaftliche Grosshandelsunternehmen für Hausrat, Textilien, Schuhwaren, Apotheken, Bürobedarf, Spielwaren, Drogeriewaren, Uhren und Schmuck und Reformhauswaren.
- *des Lebensmittelhandwerks:* Genossenschafter der Bäcker und Konditoren und der Fleischer
- *des Non-Food-Handwerks:* Gemeinsamer Einkauf der Maler, des Holzverarbeitenden Gewerbes, des Bauhandwerks, der Installateure, des Schmiede- und Schlosserhandwerks und der Friseure etc.

d) Konsumgenossenschaften

Sie wurden als Selbsthilfebetriebe der Arbeiter gegründet. Ende 19. Jahrhundert war die Lebensmittelversorgung der unteren Bevölkerungsschichten schlecht. Wenig rational arbeitende und meist schlecht ausgebildete Kleinhändler sowie mangelhafte Qualität der Ware verursachte Missstände in der Versorgung. Die deshalb gebildeten Konsumgenossenschaften bemühten sich um gute Konditionen im Einkauf und legten reelles Gewicht auf einwandfreie Ware. Sie verzichteten (zumindest zur Entstehungszeit) auf unnötige Aufwendungen in Werbung, Ladeneinrichtung und Verpackung. Heute arbeiten auch Nicht-Genossenschaftliche Handelsketten zur Zufriedenheit der Konsumenten, wodurch sich die Konkurrenz auf die Konsumgenossenschaften verschärft hat und der Unterschied zwischen genossenschaftlichen und nicht-genossenschaftlichen Handelsunternehmen schwindet.

Bedeutung: In Deutschland ist deshalb der Anteil der Konsumgenossenschaften gering, Einkaufs- und Absatzgenossenschaften überwiegen. Dies kann auch auf ein Verbot der Konsumgenossenschaften zur Nazi-Zeit zurückgeführt werden. In der Schweiz hingegen dominieren klar die Konsumgenossenschaften Coop und Migros im Nahrungsmittelmarkt. "Co op" ist ein international gebräuchliches Zeichen für Konsumgenossenschaften, abgeleitet vom englischen cooperative (Genossenschaft).

e) Wohnungsbaugenossenschaften

Heute erbringen diese im wesentlichen folgende Betriebsleistungen:

- Wohnungsbau für den eigenen Bestand zur Versorgung der Mitglieder
- Wohnungsbewirtschaftung
- Veräusserung von Wohneigentum
- Betreuung von Wohnungsbauten Dritter und damit zusammenhängender Dienstleistungen.

Sie entstanden ab 1870 aufgrund der Wohnungsnot der Arbeiterschaft während der Industrialisierung. Ihr Ziel ist primär die Bereitstellung von sauberem Wohnraum zu günstigen Konditionen. Diese leisteten deshalb auch zur Verbesserung der hygienischen Situation der (unteren) Bevölkerungsschichten einen wichtigen Beitrag. Die Genossenschaft bezieht ihre Mittel zum Bau aus den gezeichneten Genossenschaftsanteilen sowie aus Darlehen. Nach der Fertigstellung beziehen die Genossenschafter die Räumlichkeiten und bezahlen Miete zur Deckung des Unterhalts und der Zinsen. Andere Genossenschaftsarten können hier eine wichtige Funktion als Darlehensgeber spielen (Genossenschaftsbanken, Konsumgenossenschaften), so stand beispielsweise das Freidorf Muttenz (bei Basel) in engem Bezug zum heutigen Coop.

Bedeutung: Noch heute spielen Wohnungsbaugenossenschaften eine wichtige Rolle, wenn auch zum Teil weniger im Bau als im Unterhalt von günstigem Wohnraum für Sozialwohnungen etc. Beispielsweise ist auch die Woko (Wohnungskommission), welche günstige Wohnungen für Studenten der ETH/Uni Zürich verwaltet, genossenschaftlich organisiert.

f) Verkehrsgenossenschaften

In Deutschland existieren 27 Strassengenossenschaften, 57 Taxi-Genossenschaften, 11 Binnenschiffahrtsgenossenschaften und 11 sonstige Verkehrsgenossenschaften (1995, total 108 Primärgenossenschaften). Sie übernehmen von ihren Mitgliedern Funktionen wie Einkauf von Treibstoff und

Zubehör, Wartung, Unterwegsbetreuung, Schulung, Vermittlung von Kraftzeugfinanzierung, Versicherungsschutz, Frachtprüfung, Abrechnung. Auch car-sharing Genossenschaften können hier eingeordnet werden, welche den Haushalten ihre Fahrzeuge zur Verfügung stellen, um eine günstige und umweltschonende Autobenutzung zu fördern.

Bedeutung: Der Marktanteil der 1992 von Strassenverkehrsgenossenschaften abgerechneten Frachten im Güterfernverkehr 97,9%.

g) Genossenschaftliche Versicherungsunternehmen

Zum einen gibt es mit genossenschaftlichen Wesensprinzipien arbeitende, kleine Versicherungsvereine, welche auf Gegenseitigkeit beruhen. Andererseits existieren Versicherungsgruppen, welche wie die Raiffeisen- und Volksbanken im kreditgenossenschaftlichen Verbund integriert ist (Situation Deutschland). Die Gewährung von Versicherungsschutz kann hier als "Förderung" der Mitglieder verstanden werden. Die Genossenschafter tragen ihre Risiken gemeinsam.

h) Sonstige Genossenschaften

Immer neue Formen von Genossenschaften entstehen, so zum Beispiel im Bereich Tourismus, Beratung oder Datenverarbeitung. Sie alle wollen ihre Mitglieder fördern, indem gewisse Funktionen ausgelagert werden. Speziell zu erwähnen sind unter dieser Kategorie die Produktivgenossenschaften. Ihre Bedeutung in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften ist jedoch begrenzt. Problemfelder sind Disziplin- und Leistungsschwierigkeiten oder nicht ausreichende fachliche Qualifikation. Andererseits verändern sich erfolgreiche Produktivgenossenschaften im Verlaufe der Zeit, sodass sie nicht mehr als solche (im strengen Sinne) angesehen werden können. Dennoch existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Alternativ-Projekten, welche gewissermassen produktivgenossenschaftlichen Charakter haben. Auf diese Vielfalt von Kommunen wird in einem eigenen Kapitel eingegangen.

2.3 Genossenschaften und Staat

a) Wirtschaftssystem

Das Genossenschaftswesen kann gewissermassen als Alternative zum freien kapitalistischen Wettbewerb und zum zentralen planwirtschaftlichen Sozialismus angesehen werden und wird deshalb auch als 3.Weg bezeichnet. Zwar wird die Nutzenmaximierung (/das Gewinnstreben) nicht ausgeschlossen - sondern bleibt auf Stufe der Genossenschafter bestehen - doch die gemeinsame Unternehmung optimiert nicht ihren Eigennutzen sondern hat die Förderung ihrer Mitglieder zum Ziel. Bei Zusammenschlüssen von Haushaltungen (Konsum-, Wohnungsbau-, Produktivgenossenschaften etc) kann so direkt das Ziel der Wirtschaft - die Bedürfnisbefriedigung - gefördert werden, ohne dass Eigeninteressen von Unternehmungen mitspielen. Genossenschaften können deshalb eine wichtige Rolle im Aufbau von Wohlstand spielen - wie dies in Europa erfolgt ist und in Entwicklungsländern angestrebt wird. So will nach Everling (Zitat aus Zerche/Schultze, 2000) "die Konsumgenossenschaftsbewegung in allen demokratischen Ländern der Welt durch Selbsthilfe ein Wirtschaftssystem errichten, das die persönliche Freiheit des einzelnen sichert, den Unternehmerprofit ausschaltet, die leitenden Personen durch demokratische Wahlen auf ihren Platz stellt und bei erwiesener Unfähigkeit wieder abberuft, die Mitglieder zu Eigentümern ihrer Unternehmungen macht."

b) Staatliche Einwirkung

Genossenschaften können durch Unterstützung des Staates gestärkt oder aber auch beeinflusst werden. Staatliche Unterstützung widerspricht der Selbsthilfe und wurde von Genossenschaftspionieren abgelehnt. In der Sowjetunion war der Einfluss des Staates auf die genossenschaftlichen Kolchosen so stark, dass diese kaum mehr als selbstständige Unternehmungen mehr agieren konnten. Genossenschaften werden heute als dritte Kraft zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Unternehmensbereich diskutiert. Unbestritten jedoch ist wohl, dass ein Wohlwollen des Staates (juristisch oder finanziell) gegenüber dem Genossenschaftswesen deren Entwicklung positiv beeinflusst.

c) Wettbewerbsrecht

Vergleicht man die Definitionen von Genossenschaft mit jener von Kartellen, so sind zweifellos gewisse Ähnlichkeiten festzustellen. Die Genossenschafter wollen durch den Zusammenschluss eine bessere Stellung auf dem Markt erreichen. Das Kartellgesetz verbietet hingegen Verträge oder Vereinigungen von Unternehmen, welche geeignet sind, durch Beschränkung des Wettbewerbs die Marktverhältnisse zu beeinflussen. Wettbewerbsrechtlich zu rechtfertigen sind Genossenschaften mit dem Hinweis, dass sich kleine Wirtschaftssubjekte zusammenschliessen, welche ohne Zusammenarbeit gegenüber grossen Unternehmungen nicht konkurrieren könnten. Zudem würden Genossenschaften auch den Wettbewerb fördern und neue Impulse setzen, speziell gegenüber der nicht-genossenschaftlichen Konkurrenz. Dennoch ist die Kartell- respektive Monopolproblematik nicht ausser acht zu lassen.

3 Situationsanalyse

Neben den bekannteren und ökonomisch gewichtigen Genossenschaftsformen existiert eine Vielzahl von "Alternativ-Wirtschaften", welche (produktiv-/konsum-/siedlungs-) genossenschaftliche Züge aufweisen und nur wenig bekannt sind. Deshalb möchte ich in diesem Kapitel einen Versuch einer Zusammenstellung vornehmen.

3.1 Kommunen

Versuch einer Definition (nach <http://www.communia.org.il>): Eine relativ kleine, oft einfache Gesellschaft, deren Mitglieder gemeinsame Interessen, Arbeit und Einkommen teilen und oft auch kollektiven Besitz.

Es existiert eine Vielzahl verschiedener Formen kommunaler Lebensformen. Ihre Zahl ist schwer zu erfassen, nachstehend eine Minimalschätzung kommunaler Gruppierungen, die Zahl dürfte aber um einiges höher liegen, möglicherweise über bis zu 10'000.

2500 in Nordamerika
150 in Grossbritannien
200 im restlichen Europa
250 in Japan
200 in Australien/Neuseeland

3300 total (ohne Indien und Südamerika)

Genauere Angaben sind schwierig, da "kommunales Leben" ein recht offener Begriff ist und ständig neue Gemeinschaften entstehen oder aufgelöst werden. Dennoch der Versuch einer Erfassung der verschiedenen Gruppierungen (übersetzt aus <http://www.communia.org.il>):

Das **Kibbuz** ist eine einzigartige israelische Kommunenart, unter speziellen Umständen entstanden bei der jüdischen Wiederbesiedlung von Palästina. Näheres zum Kibbuz und dessen aktuelle Situation ist im entsprechenden Unterkapitel angeführt.

Öko-Dorfer sind städtische oder einfache Gemeinschaften, deren Mitglieder versuchen, eine hohe Lebensqualität aufrechtzuerhalten ohne von der Erde mehr abzuverlangen als nachhaltig vertretbar. Öko-Dörfer versuchen ein unterstützendes soziales Umfeld mit einem nachhaltigen Leben zu verbinden. Um dies zu erreichen, bauen sie auf die drei Dimensionen: Gemeinschaft, Ökologie und Spiritualität. (Informationen: <http://www.gaia.org/about/whatisev.asp>)

Co-housing ist der Versuch eines kollaborativen Wohnens, um sich modernen Tendenzen der Anonymität in der Gesellschaft und Schwinden von Gemeinschaftssinn zu widersetzen. Typischerweise besteht eine solche Gemeinschaft aus 20 bis 30 Einfamilienhäusern mit eigener Küche, Wohnzimmer etc, aber auch ausgedehnten Gemeinschaftsräumen. Oft finden wöchentlich freiwillige Gemeinschaftssessen statt. (Informationen: www.cohousing.org/resources/whatis.html)

Lokale oder regionale kommunale Projekte: In verschiedenen Ecken der Welt ist eine Vielzahl grösserer Gesellschaftsgruppierungen entstanden, begründet auf Kooperation und sozialer Verantwortung. Am bekanntesten sind das Dorf Auroville in Indien (<http://www.auroville.org>), die "soziale und ökologische Rehabilitation" von Whyalla in South Australia und das ökologische Dorf Arcosanti in der Arizona-Wüste.

Ökonomische Gemeinschaft: An verschiedenen Orten der Erde haben sich Regionen oder Dörfer organisiert, um sich von den negativen Seiten der globalen Wirtschaft zu befreien und eine eigene ökonomische Gemeinschaft zu bilden. Diese funktionieren nach den Regeln des kapitalistischen Marktes, gründen aber auf gemeinschaftlicher Solidarität und weniger Verfremdung und Wettbewerb. Das klassische Beispiel hierzu ist die Stadt Ithaca in New York State.

Netzwerk-Gemeinschaften sind nicht auf ein festes Territorium fixiert, sondern basieren auf einem weltweiten Netz, unterstützt durch das Internet.

Sollen die beschriebenen Modelle in das Genossenschaftswesen eingeordnet werden, so sind zumeist siedlungsgenossenschaftliche, oft auch produktiv- und konsumgenossenschaftliche Merkmale vorhanden. Ein Artikel in der Zeitschrift „DIE ZEIT“ charakterisierte die "Alternativ-Projekte" folgendermassen (gemäss Zerche/Schultz, 2000):

- Selbstverwaltung: keine Hierarchien, Entscheidungsbeteiligung aller
- Keine Spezialisierung: Gefahr der Entfremdung der Arbeit oder Erlangen heimlicher Machtpositionen
- kein Leistungsdruck
- Entlohnung: Alle gleich, oder jeder nach seinen Bedürfnissen
- Kollektiver Besitz: Kapitalvermehrung nie als Selbstzweck
- Keine Konkurrenz unter Kollegen oder gegenüber anderen Alternativprojekten
- Nachhaltiger Konsum: auf das Nötige und Sinnvolle beschränkt
- Nur "nützliche", ökologisch saubere und sozial sinnvolle Produkte und Dienstleistungen sollen hergestellt und angeboten werden
- Auflösung der Trennung von Arbeit und übrigem Leben: Soziale Sicherheit, menschliche Geborgenheit als Ziel des Betriebs.

Von grundlegenden herkömmlichen ökonomischen und arbeitsteiligen Regeln soll bewusst abgewichen werden. Hier liegt wohl auch mit ein Grund, dass diese Bewegung trotz weiter Verbreitung ökonomisch kaum beachtet wird, und auch kaum ins Gewicht fällt. Eine Ausnahme mag hier das Kibbuz in Israel darstellen, welches in dem folgenden Abschnitt behandelt wird.

a) Kibbuz

Das Kibbuz entstand aus produktivgenossenschaftlichen Bewegungen zur Zeit der "Kolonisation" Palästinas seit Ende des 19. Jahrhunderts. Von Europa nach Palästina auswandernde Juden organisierten sich in Arbeitergemeinschaften, um unter den schwierigen Bedingungen (wirtschaftlicher und sozialer Art) überleben zu können. "Der Kwuzah trat zuerst auf in der Form einer kollektiven Lohnarbeiter-Produktivgenossenschaft in der Landwirtschaft und dem städtischen Gewerbe (1887-1908), später als selbstständige Produktivgenossenschaft in der Landwirtschaft, als Ansiedlung auf Bodenflächen des Jüdischen Nationalfonds (Siedlungskwuzah 1909)." (Eckart Lau, Die Produktivgenossenschaften in Israel, S.21) Aus der Kwuzah entwickelte sich der heutige Kibbuz, dessen Bedeutung und heutige Situation von Freddy Kahana folgendermassen umschrieben wird:

"Seit seiner Entstehung spielte der Kibbuz eine wichtige Rolle bei der landwirtschaftlichen Entwicklung des Landes (Israel), der Verteidigung der Grenzen, dem Aufbau militärischer und ziviler Eliten und der Entwicklung neuer Siedlungsformen. So entwickelte sich der Kibbuz zu einer autonomen, teilweise sogar autarken Gesellschaft, der Miniatur einer urbanen Siedlungsform, die in den Feldern und Obstgärten der neuen jüdischen Gesellschaft siedelte. Mit der Gründung des Staates Israel war ein großer Teil seiner nationalen und sozialen Aufgaben erfüllt und der Kibbuz musste sich nun an neue und bedrohliche Bedingungen anpassen. Der durch seinen gemeinschaftlichen Ethos erreichte relativ hohe Lebensstandard wurde bald vom urbanen Sektor überholt. Um mithalten zu können, benötigte der Kibbuz ein höheres Einkommen als das, welches die Landwirtschaft zur Verfügung stellte. Deshalb wurden in den Kibbuzim Industrien errichtet, nicht immer erfolgreich. Später, als die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft weiter sank, konnten alternative Produktionsmittel - einschließlich der Industrie - den Kibbuz nicht mehr finanzieren. Heute ist die wirtschaftliche Lage der meisten Kibbuzim - ungeachtet ihrer ideologischen Orientierung - im besten Falle fraglich. Die Landwirtschaft ist, insbesondere in Gebieten, in denen Wassereinschränkungen gelten, wenig einträglich und für junge Leute unattraktiv. Ihre Zukunft in der israelischen Wirtschaft ist zweifelhaft. Mit der Ausnahme weniger erfolgreicher Unternehmen kann die Kibbuzindustrie keinen Gewinn erzeugen, um die Gemeinden wirtschaftlich aufrechtzuerhalten. Es besteht Bedarf an neuen Initiativen. Mangels finanzieller Initiativen werden drastische Managementreformen, verbesserte Ressourcenzuteilung, alternative Einkommensmittel und effizientere Gemeindeverwaltung als mögliche Lösungen betrachtet. Die Mittel, die dafür eingesetzt werden, soziale und ökonomische Lebensfähigkeit zu erlangen, machen eine drastische Umstrukturierung des Kibbuz als kommunaler und ökonomischer Einheit notwendig. Viele dieser Neubewertungen ersetzen praktisch den ursprünglichen Kibbuzethos mit einer offeneren, individualistischen Einstellung.

In den meisten Kibbuzim wurden kollektive Budgets privatisiert, die Produktionseffizienz wird durch Prämien gefördert, die auf die Privatkonten der Mitglieder überwiesen werden, Einkommen durch "Management Rating" gestuft. Es fand eine kontinuierliche Übertragung kollektiver Verantwortlichkeiten in den Bereich der Familie bzw. des Individuums statt, einschließlich der Verantwortung für den eigenen Lebensunterhalt. Man geht davon aus, dass bereits durch die Übertragung eines geringen Teils der Verantwortung in die Hände der Mitglieder größere Motivation geweckt werden kann, höhere Einkommen für die Gemeinde zu erzielen. Das Markenzeichen Kibbuz ist jedoch für die meisten noch wichtig. Einige Kibbuzim versuchen, sich ohne

differenzierte Löhne zu verändern. Die Kibbuzbewegungen sind in der Regel nicht mehr in der Lage, den eingeschlagenen Weg der einzelnen Kibbuzim mitzubestimmen. Die Zeit des Zentralismus ist fast vorbei. Es ist nun die Aufgabe einer jeden einzelnen Gemeinde, die inneren Streitigkeiten über prinzipielle Fragen zu regeln und über die eigene Zukunft zu entscheiden.

Zwei verschiedene, doch zusammenhängende Themen stehen hier zu Debatte: das Überleben der Gemeinde als Kibbuz und das Überleben als Gemeinde, die auf ihrem Boden eine gute und gesicherte Existenz führt."

(Kibbuz Studien, Veröffentlichung von Yad Tabenkin, Forschungsinstitut der Vereinigten Kibbuzbewegung TAKAM, Heft 14, Ramat Efal, Israel 1999)

Prinzipien des Kibbuz (gemäss <http://schule.judentum.de/projekt/israelkibbuz.htm>)

- Prinzip der "Gemeinschaftlichen Produktion, Konsumtion und Erziehung". Das heißt das gesamte Kibbuz-Eigentum gehört der Gemeinschaft als Kollektiveigentum.
- Prinzip der "Selbstarbeit" der Mitglieder. Der Kibbuz stellt mit seinen Mitgliedern einen geschlossenen Arbeitsmarkt dar.
- Die Arbeitskräfte im Kibbuz stehen der Gemeinschaft zur Verfügung. Diese Gemeinschaft bestimmt durch ihre gewählten Organe die Zeiteinteilung zwischen Arbeit, Ausbildung, Studium und Freizeit und außerdem über die Verteilung auf die verschiedenen Beschäftigungen in den Produktions- und Dienstleistungsbetrieben (es werden individuelle Neigungen und Wünsche berücksichtigt). Alle Haushalts- und Erziehungsfunktionen werden von kollektiven Institutionen erfüllt (Dienstleistungsbereich), dadurch sind die Frauen des Kibbuz von den Pflichten des privaten Haushalts und von Pflege und Erziehung der Kinder befreit (volle Arbeitstätigkeit der Frau).
- Prinzip: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen". Das bedeutet, man hebt den Zusammenhang zwischen individueller Arbeitsleistung, persönlichem Beitrag zur Produktion und realer Einkommenssituation des Einzelnen auf (→ Gleichheit).
- Der Kibbuz ist ein selbstverwaltetes Kollektiv, welches nach demokratischen Ordnungsprinzipien verfasst ist.

b) Auroville

Auroville wurde 1968 als interkulturelle Modellstadt im Süden von Indien gegründet (nahe Pondicherry). Die dem Projekt zugrunde liegende Idee war es, einen Freiraum zu schaffen, in dem Menschen, egal welchen Geschlechtes, Alters, Glaubens und welcher Nationalität, ein der spirituellen Vervollkommnung gewidmetes Leben in Harmonie und Frieden verbringen können. Die sich ansiedelnden "Westler" brachten Know-how mit sich, welches die ökonomische und soziale Entwicklung der Region vorantrieb. Ideologische Konflikte nach dem Tode der Gründerin (Mira Alfassa) führten jedoch dazu, dass das vom Indischen Staat und der UNESCO unterstützte Projekt nicht zu der geplanten 50'000 Personen Idealstadt wurde. Dennoch sind die Leistungen beachtlich, heute zählt Auroville rund 1'500 Einwohner und bietet Arbeitsplätze für rund 3'000 Personen aus den umliegenden Dörfern. Initiative Aurovillaner führen rund 100 Commercial Units mit zwischen 9 und 160 Angestellten. Geschäftsfelder sind Leder-, Kleidungs-, Lebensmittel-, Elektroindustrie sowie Holz- und Lehmverarbeitung und Souvenirs. Abgesehen von den Service Units wird primär für Externe produziert, 3/4 des Umsatzes sind Exportgeschäfte.

Innerhalb Auroville besteht kollektiver Besitz, getragen wird das Projekt von einer staatlich unterstützten Stiftung. Die Aufrechterhaltung ist nur dank externer Unterstützung möglich, die angestrebte Selbstversorgung wird nicht erreicht. Mögliche Ursache ist mangelnde strategische Unterstützung und Koordination der einzelnen Commercial Units, was aus der hierarchielosen Ideologie resultiert. Es besteht kaum eine Möglichkeit, die Produktion zu lenken, sodass vermehrt für den Eigenbedarf anstelle des Exportes gewirtschaftet würde. Eine verstärkte Selbstversorgung könnte die Eigenständigkeit möglicherweise verbessern.

Aufforstung, Infrastruktur, sichere und humane Arbeitsplätze, Sozialleistungen für Arbeitnehmer und qualitativ hochstehende Produkte zeigen dennoch die ökonomischen, sozialen und ökologischen Errungenschaften, welche Auroville innert 35 Jahren erreicht hat.

3.2 Freiwirtschaft

Die Freiwirtschaftslehre ist primär auf den Kaufmann und volkswirtschaftlichen Autodidakt Silvio Gsell zurückzuführen. Er war Anfangs des 20. Jahrhunderts Volksbeauftragter für Finanzen in der Münchner Räterepublik.

Trotz deutlicher Kapitalismuskritik ist in den Augen Gsell's die freie Marktwirtschaft die natürliche Wirtschaftsordnung. Er wendet sich daher zugleich gegen jegliche staatliche Regulative wie Zölle und gegen die Kapitalakkumulationen durch Zinsen, Wucher oder unlauteren Wettbewerb. Den Kapitalismus identifiziert er in erster Linie mit Zinswirtschaft, als einen 'wirtschaftlichen Zustand, in dem die Nachfrage nach Leihgeld und Sachgut (Realkapital) das Angebot übertrifft und darum den Zins bedingt'.

Das größte Übel des Kapitalismus ist daher nach Gsell die Hortung von Geld durch Zinseintreibung. Sie soll durch die Einführung von "Freigeld" überwunden werden, das regelmäßig abgewertet wird, also nicht über längere Zeit ohne Wertverlust aufbewahrt werden kann und daher möglichst rasch in den Wirtschaftskreislauf zurückgegeben werden muss.

Auf seine "natürlichen Wirtschaftsordnung" sind diverse Versuche alternativer Geldsysteme zurückzuführen, welche ich im folgenden kurz betrachten möchte.

a) *Private Tauschsysteme*

Wie Kommunen sind auch Tauschsysteme wenig bekannt in der Öffentlichkeit. Trotzdem existieren in Deutschland über 200 Tauschringe mit rund 15'000 Teilnehmern. Im Positionspapier deutscher Tauschsysteme ist die folgende Umschreibung zu finden:

"(...) Tauschsysteme sind lokale, oft private Zusammenschlüsse von Menschen, die im Rahmen eines DM-unabhängigen Verrechnungs- bzw. alternativen Wertsystems Leistungen und Sachen multilateral tauschen. Das Tauschmittel ist zumeist die Zeit, d.h. es wird in Stunden oder Minuten aufgewendeter oder in Anspruch genommener Zeit (= Lebenszeit) verrechnet. Alle Arbeit, auch die sogenannte "Frauenarbeit" erfährt so die gleiche Bewertung. Der Preis von Sachen, Lebensmitteln, von Leihen/Verleihen wird entsprechend ausgehandelt. (...)

Allen gemeinsam ist eine erweiterte Nachbarschaftshilfe und die Bildung von lokalen, sozialen, ökonomischen Netzwerken mit häufig ökologischer Orientierung. Sie setzen auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung, Entfaltung des Selbstwertgefühls durch Selbstbestimmung der Arbeit, durch Kreativität und Phantasie, auf die Vielfalt menschlicher Fähigkeiten und Talente. (...)"

Ziele (zusammengefasst):

- die soziale Kompetenz des/der einzelnen, damit Eigenverantwortlichkeit und Selbsthilfe und kommunikatives Handeln unterstützen
- soziale Netze und Nachbarschaften, solidarisches Engagement und Gemeinschaft fördern
- eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Werten erreichen, neue Arbeitsformen erproben, Arbeit neu bewerten
- alternatives Wirtschaften testen, lokale Ökonomie fördern und ökonomisches Umdenken anregen
- mehr Unabhängigkeit von Arbeitsmarkt und Geld erlangen
- eine neue Kultur des Gebens und Nehmens aufbauen
- neue Konsummuster und Lebensstile im Sinne der Agenda 21 entwerfen

(BAG, Arbeitsgemeinschaft bundesdeutsche Tauschsysteme: Positionspapier deutscher Tauschsysteme, Stand Anfang 2000, <http://www.tauschringe.org>)

Eine recht weit verbreitete Zeitwährung ist das "Talent". Die zinsfreie Tauscheinheit ist in ganzen deutschen Sprachraum verbreitet. Talente entstehen durch Transaktion einer Dienstleistung oder Ware - deren Wert sich nach der investierten Zeit richtet - wodurch beim Nachfrager eine Schuld, beim Anbieter ein Guthaben entsteht. Mit diesem Guthaben können Leistungen anderer bezogen werden. Dies bedingt, dass Talentkonten überzogen werden, was im Talent Experiment der INWO Schweiz (Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung) bis zu 700 Talent erlaubt ist. Mittlerweile bestehen auch Talent-Noten, und über eine Clearingstelle werden zwischen lokalen Tauschkreisen Talente transferiert.

Während in Europa solche Tauschringe eher ideologischen Charakter haben und aus Abneigung gegen die "Verökonomisierung" der Gesellschaft entstehen, können solche in weniger stabilen Wirtschaftregionen existentielle Relevanz erhalten. So sollen in Argentinien aufgrund der instabilen Landeswährung 4500 "clubes de trueques" entstanden sein, mit über 2,5 Millionen Mitgliedern und einem geschätzten Warentausch im Wert von 400 Millionen Schweizer Franken im Jahr 2000 (Tages-Anzeiger, "Teigwaren gegen Tangostunden tauschen", Freitag, 15. März 2001).

b) Wirtschaftsring-Genossenschaft (WIR)

Mit dem Ziel der Selbsthilfe in der damaligen Absatzkrise gründeten mittelständische Unternehmungen 1934 in Zürich die WIR Wirtschaftsring-Genossenschaft. Die Verrechnungseinheit WIR ist an den Schweizer Franken gebunden, ist zinsfrei und dient für Transaktionen zwischen den der Genossenschaft angeschlossenen Unternehmungen. Zur Umlaufsicherung wurde ursprünglich eine prozentuale Gebühr auf WIR-Guthaben erhoben, welche jedoch bereits 1954 aufgehoben wurde. Anstatt ruinösem Wettbewerb soll kooperativer Handel mit die Wirtschaft der Genossenschaftler fördern.

Die Anzahl der WIR-Konten steigerte sich zwischen 1981 und 1990 von 24'642 auf 56'309, der WIR-Umsatz von CHF 275 Millionen auf CHF 1'788 Millionen. Störend am WIR wird empfunden - zumindest von Externen - dass die WIR Guthaben nur von WIR Genossenschaftler akzeptiert werden und man somit recht eingeschränkt ist. Hier liegt jedoch gerade der Sinn des WIR Systems, nämlich dass die gegenseitige Handelsbeziehungen die Genossenschaftler fördern.

Michael Wünstel schliesst seinen Artikel bezüglich WIR Wirtschaftsring Genossenschaft folgendermassen ab:

"Durch das WIR-System werden zusätzliche Umsätze ermöglicht. Dies sichert Arbeitsplätze im mittelständischen Bereich. Ein Verrechnungssystem könnte also auch dazu dienen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Es wäre denkbar, dass zum Beispiel Selbsthilfegruppen eines Tages ein solches System aufgreifen und die Vorteile der gegenseitigen Förderung für sich nutzbar machen. Speziell in der sogenannten 'Dritten Welt' könnten Tauschsysteme die Abhängigkeit von westlichen Krediten erheblich verringern und eine regionale wirtschaftliche Entwicklung auf eigenständiger Basis ermöglichen. Die Menschen könnten sich selbst gegenseitig helfen, ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, denn jedes Land auf der Erde verfügt über ausreichende Ressourcen, um die Menschen zu ernähren. Hier bietet sich ein Ausweg aus Hunger- und Verschuldungskatastrophe an. Er muss nur gegangen werden. Jeder ist aufgerufen, das Wissen um diese Lösungsmöglichkeiten zu verbreiten. Nur so haben wir eine Chance, der globalen Katastrophe zu entgehen."

(Michael Wünstel, WIR Wirtschaftsring-Genossenschaft, Rundbrief "Angebot & Nachfrage" Nr. 6 vom Dezember 1991, <http://www.tauschring.de/d0507wir.htm>)

3.3 Kolchoz

Kolchoz und Sovchoz waren die wichtigsten Unternehmensformen der Landwirtschaft in der Sowjetunion und erstellten 1965 zusammen rund 65 % der landwirtschaftlichen Güter (Dreijahresdurchschnitt 1963-65: Kolchoz 40,6 %, Sovchoz 27,5 %). Im Gegensatz zum Sovchoz, welcher ein Staatsbetrieb ist, dessen Mitarbeiter also Staatsangestellte sind, ist der Kolchoz eine landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft. Sie entstanden nach der Russischen Revolution 1918 durch den Zusammenschluss von Kleinbetrieben durch Kollektivierung respektive Verstaatlichung. Die Produktionsmittel sind kollektiviert respektive staatlich. Damit eng verbunden ist auch die Siedlungsform, sodass der Kolchoz gewissermassen also auch eine Siedlungsgenossenschaften darstellt. Beide haben sich zwar an die staatlichen Produktionspläne zu halten, doch während der Sovchoz die gesamte Produktion - inklusive Überproduktion - dem Staat abzuliefern hat, besitzt der Kolchoz eine gewisse unternehmerische Freiheit, solange die Produktionspläne eingehalten werden. Sie können die Produktionsüberschüsse an Konsumgenossenschaften oder staatliche Handelsorganisationen weiterverkaufen. Neben den offiziellen Anbauflächen ist es den Kolchozniki auch erlaubt, kleine persönliche Nebenwirtschaften zu betreiben, zum Privatkonsum oder zum Verkauf auf sogenannten Kolchozmärkten. Dort besteht gewissermassen ein freier Markt, jedoch ist das Angebot beschränkt, da viele Produkte für die kleinen privaten Anbauflächen ungeeignet sind (Getreide, Baumwolle,...) und diese Form der Arbeit neben dem offiziellen Arbeitspensum erledigt wird.

Der Untergang des Sowjetischen System ist wohl kaum auf diese Genossenschaftsbasierung zurück zu führen. Meiner Ansicht nach sind vielmehr folgende Aspekte entscheidend. Die Grösse der zu koordinierenden Wirtschaft überschritt die planbare Grenze und verursachte eine ineffiziente Bürokratie. Die Verschiebung von individueller zu kollektiver Verantwortung (zum Staat) sowie der Zwang zur Partizipation am Sowjetischen System führte zur Einschränkung der Freiheit und somit zu mangelnder Initiative und Motivation. Im weitem führte der Glaube, den Kommunismus (nötigenfalls auch mit Gewalt) auf der ganzen Erde zu verbreiten nicht nur zu Ängsten und Abneigung in kapitalistischen Ländern, sondern auch zu prestigeträchtigen Investitionen in Militär und Weltraumforschung. Somit standen weniger Mittel zur effektiven Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung zur Verfügung. Auch wenn die diktatorischen Verbrechen (Stalin) und ökologische Übernutzung (z.B. Aralsee) damit keinesfalls gerechtfertigt werden können, sind ist die Leistung des Sowjetsystems - die Industrialisierung und Steigerung des Lebensstandards eines halben Kontinentes innert wenigen Jahren - aufgrund der Ausgangslage (feudales Zarenrussland) beachtlich.

3.4 Zusammenfassende Problemdefinition

Der Zerfall der Sowjetunion wird oft als Erfolgsbestätigung für den Kapitalismus interpretiert. Die heutige Situation in diesen Ländern lässt jedoch die Frage aufkommen, ob die kapitalistische Marktwirtschaft wirklich besser ist, oder ob sie sich lediglich durchsetzt, weil keine staatliche Organisation und Pläne existieren, welche versagen können. Als Erfolg- und Misserfolgsindikator kann lediglich der erreichte Wohlstand betrachtet werden. Umfragen weisen darauf hin, dass viele Russen in Anbetracht des heutigen Zustandes der Meinung sind, zur Zeit der Sowjetunion sei es ihnen besser ergangen.

Die Fehlentwicklungen der kapitalistischen Marktwirtschaft - Arbeitslosigkeit, Umweltbelastung, gesellschaftliche Isolation - führen zwar zu einer Vielfalt von Alternativ-Projekten, dennoch ist deren Einfluss und Bekanntheit klein. Grund dafür ist möglicherweise ihre Abneigung gegenüber der Ökonomie und ihre Tendenz zu Spiritualität, welche für Aussenstehende oft befremdend und fast sektenhaft anmutet. Für den Erfolg einer Alternative wird es notwendig sein, die Ökonomie im Sinne einer optimalen Bedürfnisbefriedigung unter Berücksichtigung der beschränkten Ressourcen zu verstehen. Nicht Ablehnung der Ökonomie, sondern ein neues vollkommeneres Wirtschaftsverständnis ist von Nöten.

Auch Konsumgenossenschaften gründeten auf einer sozialen Ideologie und beschrritten einen ökonomischen Weg zum Erfolg, beispielweise Coop und Migros. Diese unterscheiden sich heute jedoch kaum mehr von kapitalistischen Unternehmungen. Bemerkenswert ist dennoch ihr Engagement für ökologische und soziale Produktion (Labelprodukte). Auch wenn dieses aus Marktbedürfnissen abgeleitet werden kann, leisten sie einen Beitrag zur Sensibilisierung. Für eine umfassende Lösung anstehender Probleme wird hingegen ein weiterer Schritt notwendig sein.

Die Bestrebungen der einzelnen Gruppierungen aus Kommunen und Freiwirtschaft sind jedoch so individuell und verzettelt, dass ohne Vereinigung ihrer Bemühungen ihr Bestehen kaum wahrgenommen wird. Ohne wissenschaftliche Auseinandersetzung wird die Kommune mit dem Image von 68er Bewegung behaftet bleiben und kaum mehrheitsfähig.

4 Zielformulierung

4.1 Integration ökologischer Aspekte in die Ökonomie

Die ökologische Sphäre darf nicht aufgrund einer auf menschliche (kurzfristige) Rendite ausgerichtete Ökonomie belastet werden. Umweltgerechtes Handeln darf nicht rentabilitätshemmend verstanden werden, sondern muss integrativer Bestandteil eines ökonomischen Verhaltens sein. Das heutige Verhalten und unser Wohlstand muss langfristig rechtfertigbar sein, ohne negative Beeinflussung der natürlichen Umwelt und kommender Generationen.

4.2 Aufrechterhaltung von Gerechtigkeit und Sicherheit

Jedem Mensch soll durch Einbringen seiner Arbeitsleistung ein zufriedenstellendes Leben möglich sein. Sein Wohlstand kann durch seine eigene Leistung gerechtfertigt werden. Ein übermässiger Konsum auf Kosten anderer - Menschen anderer Gesellschaftsschichten, anderer Erdteile oder späterer Generationen - muss ausgeschlossen werden können. So soll nachvollziehbare Gerechtigkeit entstehen und auch Sicherheit. Denn Ungerechtigkeiten schaffen soziale Spannungen - zwischen Gesellschaftsschichten oder Erdteilen - welche zu Gewaltanwendung führen können, wodurch Wohlstand nicht nur umverteilt, sondern auch vernichtet wird. Das Ziel ist somit geopolitische und gesellschaftliche Sicherheit dank Gerechtigkeit. Für jeden einzelnen bedeutet dies Arbeits- und Versorgungssicherheit.

4.3 Nachhaltige Entwicklung

Gegenüber Westeuropa und Nordamerika haben die restlichen Erdteile ein beträchtliches Wohlstanddefizit. Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Bevölkerung jener Erdteile weniger leistungsfähig ist, muss zur Erreichung sozialer Gerechtigkeit in jenen Regionen Wohlstand entwickelt werden. Hemmend kann sich hier ein Verstoß gegen das Ziel 4.2 auswirken, wenn technisch hochentwickelte Länder Arbeitskräfte weniger entwickelter Länder ausnutzen. Da kaum freiwillig seitens des Profiteures diese Ungerechtigkeit abgebaut wird, muss beim Geschädigten diese Abhängigkeit gelöst werden und die Möglichkeit geschaffen werden, selbstständig Wohlstand aufzubauen. Um unsere ökologischen Ressourcen nicht vollständig zu übernutzen stellt sich an eine solche Entwicklung auch die Anforderung der Umweltverträglichkeit.

5 Konzeptsynthese

5.1 Produktkreislauf

Eine wirtschaftliche Einheit kann ihre Versorgung garantieren, wenn sie ihre zur Versorgung nötigen Produkte selbst herstellt. Ein einzelner Mensch kann dies heute kaum mehr optimal bewerkstelligen, da Arbeitsteilung zu einer effizienteren Güterproduktion führt. Ein Zusammenschluss von Menschen - respektive Haushalten - könnte sich hingegen dieser arbeitsteiligen Produktion zur garantierten Versorgung derselben annehmen. Eine Konsumgenossenschaft stellt die Produkte zur Versorgung der Haushalte bereit. Diese wird beliefert durch eine Produktivgenossenschaft, welche die Arbeitsleistung der Haushalte nutzt.

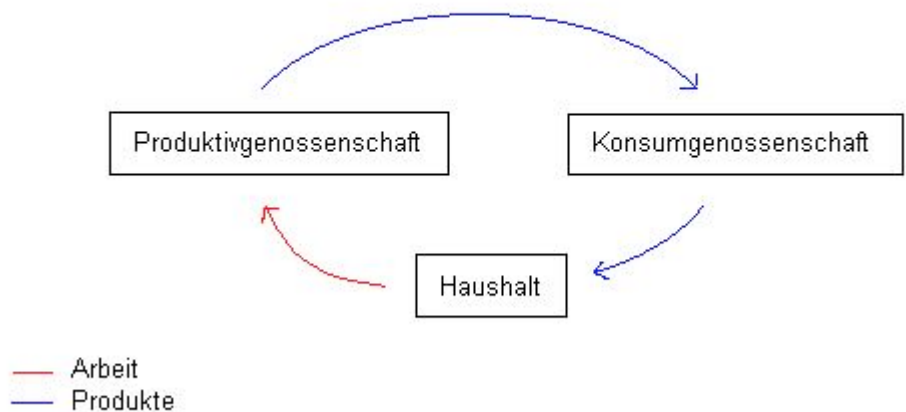


Abb. 5.1

Ich setze hier die Begriffe Produktivgenossenschaft und Konsumgenossenschaft grundsätzlich ein, wobei erstere unter Nutzung der Arbeitskräfte Mehrwert schafft, während letztere die Verteilung gewährleisten. So würde ich auch Siedlungsgenossenschaften in dieses System einbinden, wobei die Produktivgenossenschaften die Bauten erstellen und unterhalten, während die Konsumgenossenschaften die Verteilung regeln. Auch Versicherungs- und Transportgenossenschaften sind derart zu verstehen.

Die Produktivgenossenschaften sind produktorientiert, das heisst eine spezialisierte Gruppe von Arbeitern stellt ein bestimmtes Produkt oder eine Produktgruppe her. Es wäre auch eine Produktivgenossenschaft möglich, welche die gesamte Arbeitsleistung nutzt und alle Produkte herstellt, wobei die Spezialisierung auf Abteilungsebene stattfindet. Die Produkte werden an die Konsumgenossenschaften weitergeleitet, wobei entweder eine den gesamten Bestand der in den Produktivgenossenschaften arbeitenden versorgt, oder regional einzelne Genossenschaften existieren. Es ist auch eine gewisse Produktspezialisierung seitens der Konsumgenossenschaften vorstellbar, beispielweise für Lebensmittel, Textilien, Wohngelegenheiten oder Dienstleistungen.

Aufgrund der heutigen komplexen Produkte, welche zu extremer Arbeitsteilung und Wissenserfordernissen führen, scheint eine absolute Selbstversorgung in übersichtlichem Rahmen unmöglich. Zudem erfordern rationelle Produktionsverfahren grosse Produktionsmengen und sind sehr kapitalintensiv, sodass Produktion lediglich zum eigenen Konsum kaum sinnvoll erscheint. Deshalb wird ein gewisser "Aussenhandel" stehen erforderlich sein, seien dies Handelsbeziehungen zu anderen Konsum-Produktivgenossenschaftlichen Unternehmungen oder herkömmlichen Wirtschaftssubjekten. Ein geschlossener Produktkreislauf - beispielweise im Bereiche der Lebensmittelproduktion - sichert jedoch eine stabile Versorgung und Beschäftigung, unabhängig vom wirtschaftlichen Umfeld (Rezession, Inflation).

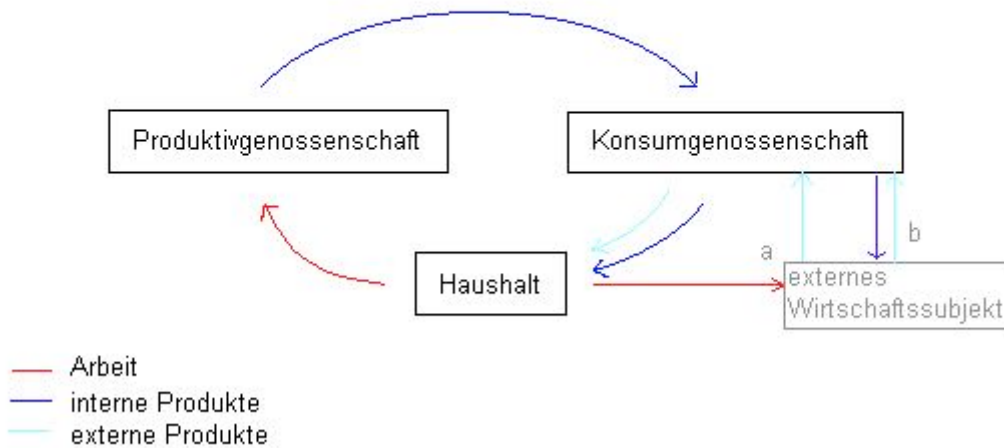


Abb. 5.2

Diese Handelsbeziehung kann ein einfacher Produktaustausch sein (b), oder ein Haushalt - welcher der Konsumgenossenschaft angeschlossen ist und von dieser Güter bezieht - arbeitet in einer externen Unternehmung, und als deren Gegenwert können externe Produkte in der Konsumgenossenschaft zufließen (a). Wichtig ist jedenfalls, dass sich die Werte der exportierten und importierten Ware respektive Arbeit entspricht. Andernfalls würde ein Verlust oder Gewinn erwirtschaftet.

Dies führt uns zur Wertedefinition, respektive Wertezirkulation und -akkumulation. Durch die Spezialisierung der Genossenschaften findet auch zwischen den Genossenschaften ein Handel statt, von der Rohstoffgewinnung bis zum Endprodukt oder eventuell Investitionsgut. Dazu und für den Handel mit Produkten und Arbeit muss eine Mittel für solche Transaktionen geschaffen werden.

5.2 Wertekreislauf

Für den Handel zwischen internen und externen Produkten sowie Arbeit kann die Landeswährung genutzt werden. Dies birgt jedoch den Nachteil, dass durch die freie Güterwahl der Produktkreislauf geöffnet wird und man von allfälligen Geldentwertungen etc mitbetroffen ist. Auch ist für ein nachhaltiges Wirtschaften mehr nötig als lediglich ein Wertaustausch zwischen Menschen. Die Leistungen der natürlichen Umwelt werden im Wertesystem der Landeswährung kaum berücksichtigt. Eine solche dient primär dem Wertaustausch menschlicher Leistung gegen Produkte, der Knappheit der natürlichen Ressourcen kann höchstens durch staatliche Lenkungsmaßnahmen Rechnung getragen werden. Eine eigentliche Wertedefinition ist nicht implizit vorhanden. Deshalb sollte zumindest gegenüber der Natur, zur Förderung der genossenschaftlichen Geschlossenheit jedoch auch intern, über eine gerechte Wertestruktur nachgedacht werden. Im folgenden werden die drei Funktionen des Geldes betrachtet - Wertmassstab, Tauschmittel und Wertaufbewahrung.

a) Wertedefinition / Wertmassstab

In Anlehnung an Zeitwährungen von Tauschsystemen möchte ich den Faktor Zeit zur Wertdefinition beziehen. Unser Leben besteht lediglich aus Zeit, und während dieser können wir Leistungen erbringen, gleichzeitig müssen wir aber auch unsere Bedürfnisse befriedigen. Könnten wir in einer bestimmten Zeit nicht die Leistungen erbringen um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, so wäre dies nicht wirtschaftlich, möglicherweise lebensbedrohlich. Deshalb ist es erforderlich, dass ein Produkt - in welches eine bestimmte Menge an Zeit investiert wurde - dieses auch einen entsprechenden Anteil zur Bedürfnisbefriedigung beiträgt. Wird es vom Nachfrager nicht mit gleichviel Zeit bewertet wie investiert wurde, so wird der Anbieter nicht in der Lage sein, seine Bedürfnisse während dieser Zeitdifferenz abzudecken.

Natürliche Werte

Dieser Zeitwert kann und soll auch auf die Natur bezogen werden, womit auch ein anschauliches Beispiel gegeben werden kann. Einem Wald benötigt eine gewisse Zeit, um sein Holz zu reproduzieren. Wird pro Zeiteinheit mehr Holz geschlagen als reproduziert wird, so vermindert sich die Holzmenge ständig und der Wald "schrumpft". Der Konsument muss also bereit sein, dem Wald soviel Zeit zu lassen, dass er die entsprechende Menge nachbilden kann - soviel muss das Holz ihm wert sein. Bezüglich der Nutzung natürlichen Ressourcen könnte die These aufgestellt werden, dass jeder Mensch als Bewohner dieser Erde ein Recht auf einen Anteil an deren Produktion hat. Bei x Bewohnern, hat er das Recht auf den Bezug von 1/x der reproduzierten Ressource. Dies kann sich auf eine lokale Ressource beziehen, welche innerhalb einer Gemeinschaft geteilt wird (Wald, Wasser), muss aber auch global ausgewogen sein. Entsprechend müsste fossilen Brennstoffen ein immensen Wert beigemessen werden, was angesichts der anstehenden ökologischen Probleme in betracht gezogen werden muss. Um die Funktion der Wirtschaft bei heutiger Technik nicht vollständig lahm zu legen, müsste der Zeitwert zumindest einem rechtfertigbaren Verbrauch pro Zeiteinheit gegenübergestellt werden, beispielsweise die im Kyotoprotokoll festgelegten Mengen.

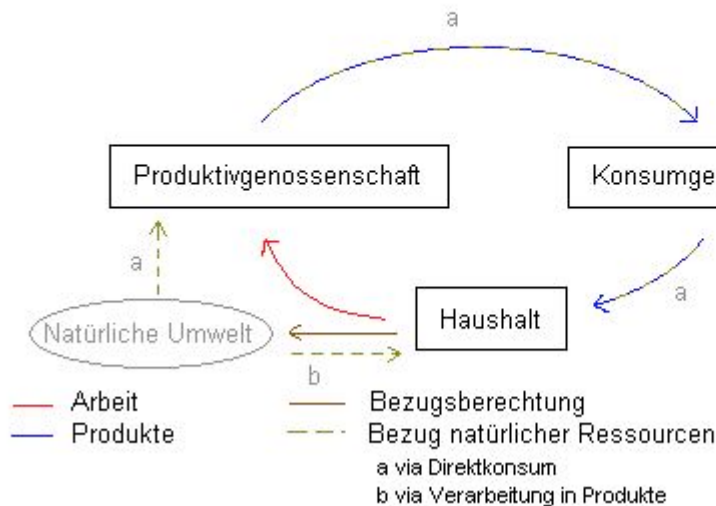


Abb. 5.3

Ein Vergleich von Werten ist dann sinnvoll, wenn die zur Erzeugung notwendige Leistung für das eine oder andere Produkt eingesetzt werden kann. Beispielsweise Werte aus menschlicher Arbeitsleistung: Die Arbeitskraft kann in das Pflücken von Äpfeln oder Wäschewaschen investiert werden, der Wert der Dienstleistung Wäschewaschen kann mit jenem der Äpfel verglichen werden. Die Leistung der Natur kann hingegen kaum durch menschliche Arbeitsleistung substituiert werden. (Hier kann auch der Grund für das Versagen einer Lenkungsabgabe liegen: Der Konsument kann bereit sein, mehr für sein Umweltkonsum zu bezahlen, schränkt jedoch nicht seinen Konsum ein, sondern rechtfertigt diesen mit seiner erhöhten Arbeitsleistung, und somit wird die Ressource weiter übernutzt.) Deshalb ist ein Austausch und Vergleich zwischen natürlichen und menschlich geschaffenen Werten fraglich. Auch existiert nicht nur ein natürlicher Zeitwert, sondern beinahe keine Ressourcenreproduktion kann zugunsten einer anderen gefördert werden. Beispielsweise kann durch die Unternutzung des Waldes nicht die Übernutzung der Erdölressourcen gerechtfertigt werden. Hingegen bei Ressourcen, welche auf der Erdoberfläche gedeihen, kann die benötigte Bodenfläche die Vergleichsbasis darstellen. So kann die Ernte von Weizen mit jenem von Kartoffeln verglichen werden.

Angebots-Wert = Nachfrage-Wert

Doch zurück zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung. Die Zeitachse ist gewissermassen mit einer Wohlstandsdimension überlagert.

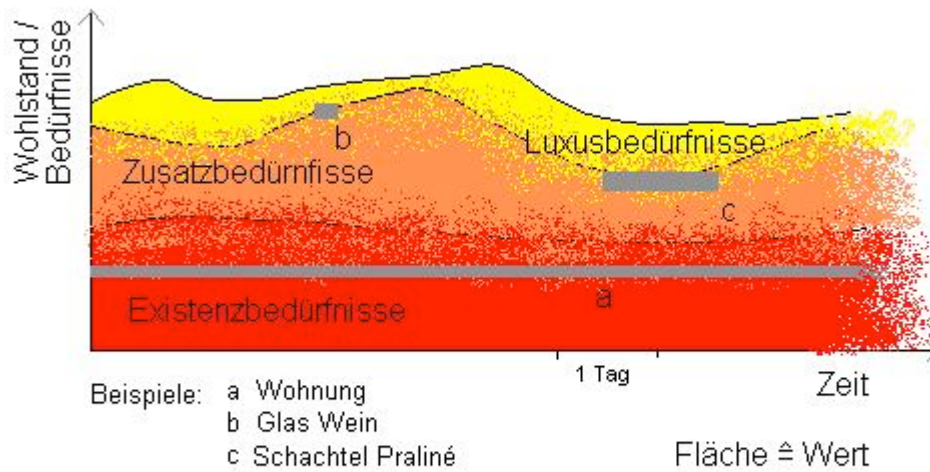


Abb. 5.4 Nachfrage-Wert

Durch produktivitätssteigernde Einrichtungen kann der Wohlstand gehoben werden, in der selben Zeit wird mehr Bedürfnisbefriedigung generiert. Ebenso kann ein fleissiger Arbeiter pro Zeiteinheit mehr desselben Gutes produzieren als jener, der die Sache gemütlicher angeht. Da es nicht verständlich wäre, wenn der Wert eines Gutes je nach Fleiss des Produzenten variieren würde wäre es einleuchtend, wenn die Arbeit des fleissigen mehr Wert wäre - bezüglich der Wohlstandsdimension. Ein Arbeiter - welcher gemütlicher produziert als ein anderer - erfährt möglicherweise einen Nutzen durch seine stressfreie Arbeitsweise. Er sollte dafür bereit sein, für seine Bedürfnisbefriedigung weniger Zeit eines Fleissigeren zu beanspruchen als er als Gegenleistung erbringt.

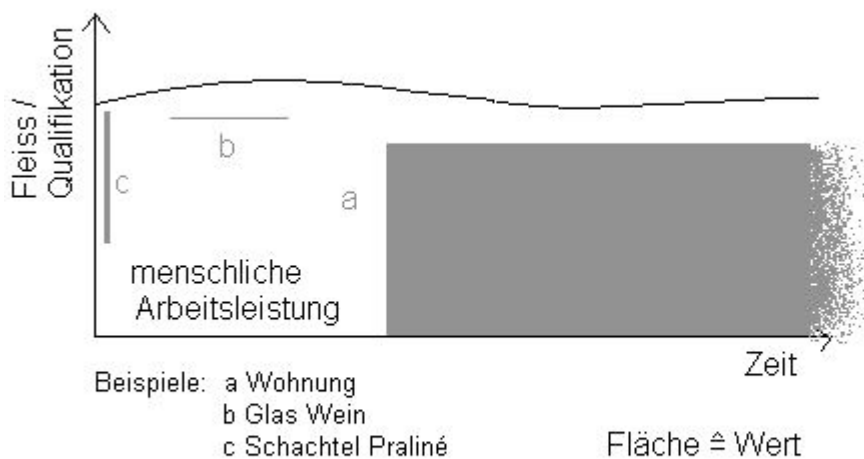


Abb. 5.5 Angebots-Wert

Die Fläche, welche zur Produktion benötigt wird (Zeit x prozentuale Arbeitsbeanspruchung), muss mit der Nutzensfläche des Konsumenten übereinstimmen (Zeit x prozentuale Bedürfnisbefriedigung). Für die Erstellung eines Hauses werden beispielweise 20 volle Arbeitskräfte während 1/2 Jahre beansprucht. Kann das Haus 50 Jahre von 4 Personen genutzt werden, so sollte es 5% derer Bedürfnisse decken. Eine Schachtel Praliné

herzustellen beansprucht eine Arbeitskraft kurz, dafür aufgrund der Einzelabfüllung allein. Im Gegensatz dazu das Glas Wein, welches im gros der Weinproduktion wenig Prozent einer Arbeitskraft ausmacht, dafür dauert die Produktion länger (Traubenernte, Pressen, Einlagern). (Diese Beispiele sind selbstverständlich stark vereinfacht und sollen nur zur Veranschaulichung dienen.)

Die in das Produkt einfließenden Zwischenfabrikate und Maschinenleistungen können ebenfalls als Zeitwert einfließen, auch Maschinen beanspruchen in ihrer Entwicklung und Produktion menschliche Arbeitsleistung, welche über ihre Nutzungsdauer abgegolten. Ihr Produktions-Zeitwert fließt also über die in Anspruchnahme der Maschine in die Endprodukte ein, der Nachfrage-Wert muss auch diesem Zeitwert gerecht werden (Abschreibungen).

Variation des Arbeitswertes

Gehälter der Arbeiter können je nach Nachfrage ihrer Arbeit variieren. Neben Fleiss können auch Ausbildungen oder Fertigkeiten zu höheren Arbeitswerten führen. Besteht eine grosse Nachfrage nach einem Produkt, zu dessen Erstellung eine bestimmte Qualifikation nötig ist, so sollte zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsum - respektive Angebot und Nachfrage - der Wert dieser Arbeit steigen. Dies führt entweder soweit, bis einige Konsumenten nicht mehr bereit sind, ihre Zeit in diesem Masse für die Gegenleistung zu investieren und sich somit die beschränkte Angebotsmenge bei einer gesunkenen Nachfragemenge trifft. Oder diese Art der Arbeit wird derart attraktiv, dass sich mehr Arbeiter bemühen, diese Qualifikation zu erlangen, sodass die Angebotsmenge sich ausdehnen kann und die Nachfragemenge bereits bei einem tieferen Preis treffen kann.

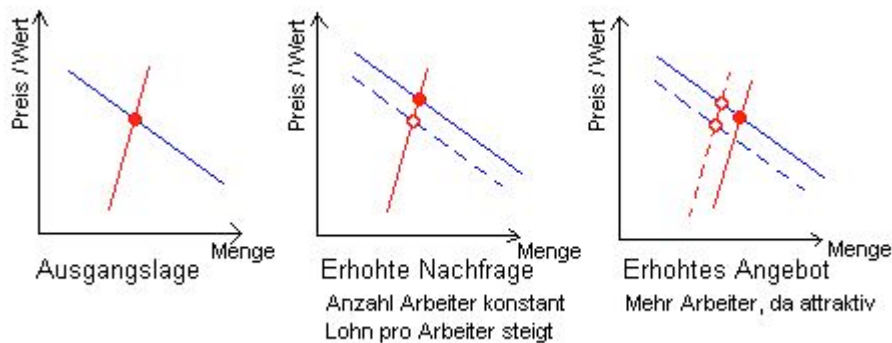


Abb. 5.6

Wir sind somit beim traditionellen Angebot-Nachfrage-Modell angelangt, hingegen mit dem Unterschied, dass die Nachfrage der Haushalte nach Konsum sich direkt mit deren Arbeitsangebot trifft. Die einzelnen Arbeitszeitwerte zu ermitteln wird erschwert, wenn verschiedene Arbeitsplätze auf ein Produkt einwirken, beispielweise Handwerker, Sachbearbeiter und Geschäftsführer. Es sollte jedoch möglich sein, ein Gleichgewicht zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage zu finden. Als gerechtfertigt könnte ich mir Differenzen vorstellen, welche bis zu doppeltem Arbeitswert führen, beispielsweise ein Minimum von 100 pro Periode - zumindest zur Deckung der Existenzbedürfnisse, als Grundentschädigung für Arbeitsleistung des Genossenschaftlers - und maximal zusätzliche 100 pro Periode für den Ausgleich von Produktionspräferenzen und Knappheiten.

Heutige globale Einkommensunterschiede sind vermutlich primär auf Macht aus Wissensdifferenzen zurückzuführen. Es ist verständlich, dass Wissen zurückgehalten wird und nicht frei zur Verfügung steht, da dessen Entwicklung Zeit erforderte. Dieser Zeitwert muss über den Wert des aus dem Wissen generierten Produkt eingefordert werden können, ansonsten wäre Forschung und Entwicklung verlorene Zeit, und damit würde Innovation und mit ihr die Wettbewerbsfähigkeit zurückgehen. Um als ungerecht empfundene Einkommensdifferenzen zu vermeiden, muss der Wissenstransfer innerhalb der Genossenschaft geregelt werden. Das Wissen um die Produktion von Gütern, welche zu überhöhten Arbeitswerten führt, muss weitergeleitet werden, sodass die Produktmenge erweitert und die Knappheit überwunden werden kann. Schliesslich soll der Wohlstand aller Genossenschaftler gefördert werden, höhere Arbeitswerte sollen lediglich zum Ausgleich von Knappheiten und Produktionspräferenzen dienen können, und nicht zum Erzeugen von Machtverhältnissen. Bei zu grossen Differenzen kann die Deckung der Existenzbedürfnisse unterer Einkommensklassen gefährdet werden (Zustand Billiglohnländer) und soziale Spannungen würden entstehen.

Die hier erwähnten Gedankengänge sollten dazu dienen können, zu einem ausgeglichenen Wertebegriff zu gelangen. Durch die offene Bedürfnisdefinition werden nicht nur Werte aus beruflicher Tätigkeit betrachtet, sondern auch andere Faktoren - weniger Arbeitsstress generiert weniger Erholungsbedürfnis, Haushaltsinterne Bedürfnisbefriedigung - können berücksichtigt werden. Dies würde dem Verlangen entgegenkommen, die stricte Trennung zwischen Arbeit und restlichem Leben aufzuheben.

b) Wertezirkulation / Tauschmittel

Interner Handel

Zur Regelung, was für Produkte hergestellt werden sollen, wird ein internes Tauschmittel eingesetzt, welches dem obenstehenden Wertmassstab entspricht. Beidseits der Genossenschaften wirken die Haushalte (Genossenschaftler) auf den internen Markt ein. Auf der Seite der Konsumgenossenschaften wirken die Konsumpräferenzen (Gütermarkt), auf der Seite der Produktivgenossenschaften die Produktionspräferenzen (Arbeitsmarkt), welche zum Ausdruck bringen, welche Arbeit zur Produktion eines speziellen Gutes gegenüber anderen bevorzugt wird. Beispielweise aufgrund Anforderungen, Belastung, Ausbildung und Fähigkeiten.

Daraus kann ein Mangel an bestimmten Arbeitskräften entstehen, welcher durch Erhöhung des Lohnes in diesem Bereich führt oder zu einer unzureichenden Produktionsmenge. Ob dem Konsumenten das Produkt mehr Wert ist, oder ob sie weniger konsumieren wollen, wird durch die Konsumpräferenzen bestimmt. (Arbeits-)Angebot und (Güter-)Nachfrage der Haushalte treffen so direkt aufeinander.

Existieren keine speziellen Produktions-Präferenzen, also auch keine Arbeitsknappheit in bestimmten Produktionsbereichen, ist jede Arbeitszeit gleich viel Wert und der Wert eines Produktes entspricht der dazu in der Produktion benötigten Arbeitszeit. Hat eine Zeitperiode eines Arbeiters den Wert von 100, so haben die von ihm erzeugten Produkte den Wert von 100, und ihm stehen 100 zur Verfügung, um seine Bedürfnisse während dieser Periode zu befriedigen. Er muss dazu freilich nicht seine Produkte im Wert von 100 kaufen, sondern die Einheiten dienen zum Tauschhandel zwischen den Arbeitskräften und Produkten.

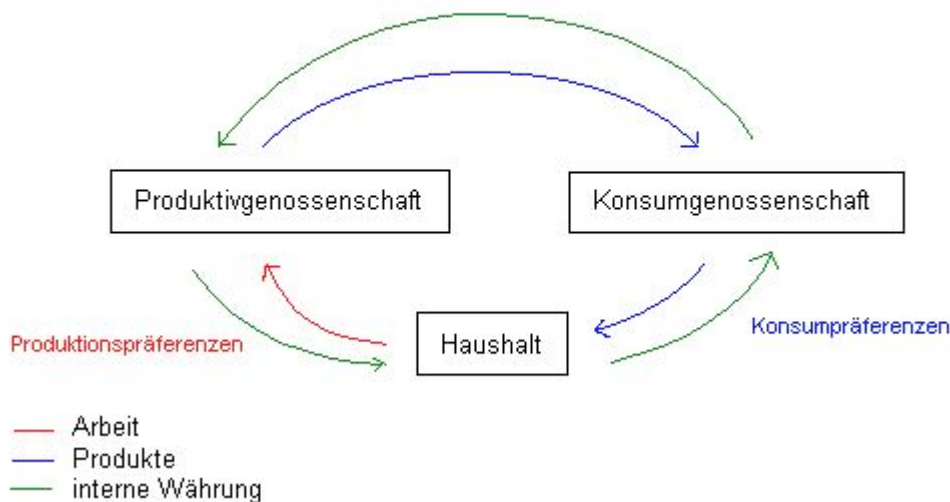


Abb. 5.7

Die Konsumpräferenzen im Zusammenspiel mit den Produktionspräferenzen entscheiden, welche Güter produziert werden sollen. Jedem Produkt kann ein (Zeit-)Wert zugeschrieben werden. Sind die Konsumenten aufgrund ihrer Präferenzen nicht bereit, diesen Preis zu bezahlen, so wird weniger davon hergestellt, bis sich (Arbeits-)Angebotswert wieder mit dem (Güter-)Nachfragewert treffen. Umgekehrt muss mehr produziert werden, wenn der Nachfragewert über dem via Arbeitszeit ermittelten Wert liegt. Dies ist jedoch nur bei absoluter Flexibilität im Arbeitsplatzwechsel und entsprechender Bereitschaft seitens der Arbeiter möglich, da sonst technische oder fachliche Hürden zu überwinden sind. Solche Hindernisse oder Produktionspräferenzen führen dazu, dass sich der Wert einer bestimmten Arbeitszeit steigert oder fällt, und mit ihm der Wert der entsprechenden Produkte, sodass sich (Arbeits-)Angebotswert und (Güter-)Nachfragewert wieder angleichen. Allzu grosse Differenzen im Wert der Arbeitszeit sollten durch den Erwerb der entsprechenden Fähigkeiten oder Arbeitsplatzwechsel ausgeglichen werden. Bleibende Differenzen können hingegen berechtigt sein, wenn spezielle Ausbildungen und Qualifikationen erforderlich sind oder die Arbeit Risiken birgt, sei dies via Verantwortung gegenüber anderen oder durch Gefährdung der Gesundheit. Es kann jedoch auch der Standpunkt vertreten werden, dass jede Arbeitszeit gleichwertig ist. Dies kann jedoch zu Mangel an Arbeitskräften in bestimmten Gebieten führen.

Externer Handel

Da vermutlich nie eine absolute Selbstversorgung möglich (oder erstrebenswert) ist, sind Produkte externer Wirtschaftssubjekte (Unternehmungen oder andere Produktiv-/Konsumgenossenschaften) erforderlich. Zum Handel mit externen Wirtschaftssubjekten, muss die interne Währung mit dessen Währung in Bezug gesetzt werden (Landeswährung / anderen interne Währungen).

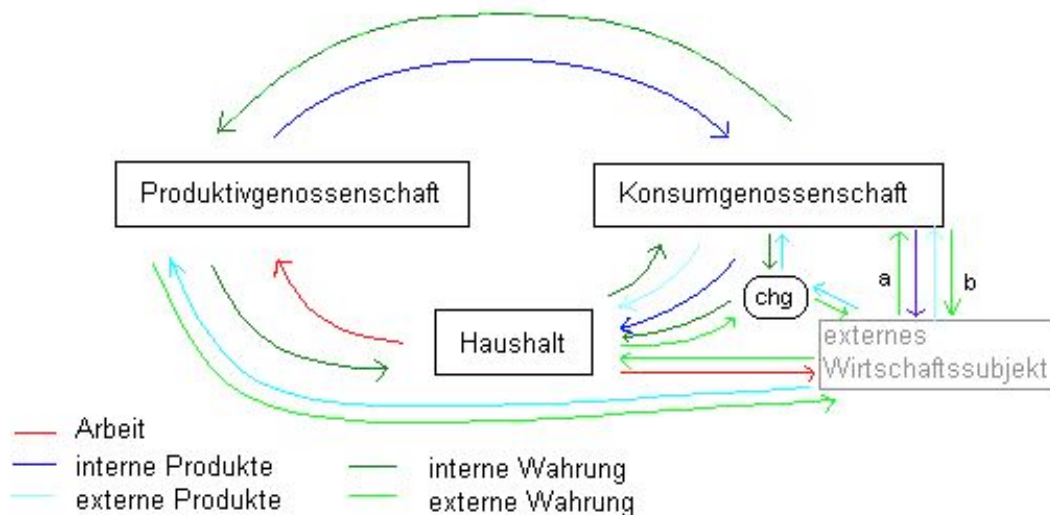


Abb. 5.8

Interne Produkte werden exportiert, sodass externe Währung ins System fließt (a). Diese kann einerseits genutzt werden, um das Sortiment der Konsumgenossenschaft zu komplettieren (b). Andererseits wäre es auch vorstellbar, dass ein Teil des Lohnes den Haushalten direkt ausbezahlt wird (c), sodass diese direkt mit ihren Konsumansprüchen an die externen Wirtschaftssubjekte gelangen können. Für Haushalte, welche ihre Arbeitskraft extern anbieten, jedoch der Konsumgenossenschaft angeschlossen sind, muss zuerst ein Wechselgeschäft (chg) getätigt werden. Damit kann eine Verpflichtung eines solchen Haushaltes verbunden sein, einen bestimmten Betrag pro Periode (Anteil des externen Einkommens) umzusetzen, oder der Haushalt wechselt bei jedem Einkauf den nötigen Betrag.

Im weitem benötigen unter Umständen auch die Produktivgenossenschaften externe Produkte als Rohstoff oder Hilfsmittel (Maschinen, Betriebsstoffe). Deshalb sind auch sie vom Aussenhandel abhängig. Die Zufuhr der externen Währung erfolgt via Konsumgenossenschaft - als Teil der Bezahlung für das Produkt.

Wie beim Produktkreislauf erwähnt ist es notwendig, dass der Wert der importierten Güter jenem der exportierten entspricht. Bei einem Ungleichgewicht würde eine Währung - im schlimmsten Fall die interne - relativ zur anderen abgewertet. Durch den Tausch mit einer externen Währung wird diesem ein Zeitwert implementiert. Diesbezüglich wäre es zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit wünschenswert, wenn die interne Arbeitsstunde gleichviel oder mehr Wert generiert als eine durchschnittliche externe.

c) Werteakkumulation / Wertaufbewahrung

Wenn die ausbezahlte Wertmenge pro Periode in derselben ausgegeben wird, so besteht eine Sicherheit für den Absatz der Produkte (Umlaufsicherung). Grundsätzlich sollte deshalb jeder in der selben Periode sein Einkommen dieser Periode umsetzen. Ein Einkommenswert stets an einen Produktwert gebunden, somit kann Inflation und Deflation ausgeschlossen werden. Dies bedingt, dass die Gültigkeit des Einkommenswertes zeitlich beschränkt ist. Die Produkte müssen während einer bestimmten Frist einen Absatz finden (Haltbarkeit, Lagerkosten), und damit verbunden ist die Periodenlänge, in welcher ein Einkommenswert einlösbar ist. Die Periodisierung des Konsums kann auch die Möglichkeit bieten, am Ende einer Periode aufgrund der Restposten Produktwerte anzupassen, respektive die Produktionsmengen zu regulieren. Kurzfristig via Produktionsplan der Genossenschaften, längerfristig durch Erhöhen oder Reduzieren der Löhne und somit Beeinflussung von Produktionspräferenzen.

Sparen kann jedoch über zwei Wege gerechtfertigt werden: Als Konsumverschiebung oder als Investition. Will eine Person in dieser Periode weniger dafür später mehr konsumieren (temporale Konsumverschiebung), so muss anstelle ihrer jemand anderes (personale Konsumverschiebung) seinen Konsum vorziehen, um später zu verzichten. Andererseits ist es zur Aufrechterhaltung der Produktion erforderlich, nicht nur Konsumgüter

herzustellen, sondern gewisse Arbeitsleistungen auch zum Ersatz oder Ausbau von Produktionskapazitäten zu investieren. Dieser Arbeitwert muss gespart werden, bildet zusätzliches Kapital des Genossenschaftlers. Möglich wäre auch, dass die Funktion der Wertaufbewahrung der Landeswährung überlassen wird, welche als Teil des Einkommens ausbezahlt wird. Dadurch wären die Ersparnisse jedoch externen Faktoren (Inflation) ausgesetzt, und die Schaffung neuer Produktionskapazitäten erschwert. Deshalb ist es wohl angebracht, auch im internen Wertesystem die Funktion der Wertaufbewahrung wahrzunehmen.

Konsumverschiebung

Die Konsumverschiebung ist ein Konsumdarlehen zwischen zwei Wirtschaftssubjekten. Sobald der Darlehensgeber seinen zurückgestellten Konsum beziehen will, muss der Darlehensgeber auf diesen verzichten. Dies bedingt Flexibilität oder feste Laufzeiten. Es ist auch vorstellbar, dass sich eine Darlehensvermittlung in der Art einer Bank etabliert, um Darlehensinteressenten aufeinander abzustimmen. Jedoch sollte durch die Vergabe von Krediten nicht die Geldmenge gesteigert werden, wie dies heute der Fall ist. Die zurückgestellten Werte sind für den Darlehensgeber erst bei Kündigung des Darlehens verfügbar, während der Darlehensdauer haben diese eine andere (nicht verfügbare) Wertform.

Investition

Die Genossenschaften benötigen Investitionsgüter. Die Amortisation bestehender Anlagen sollte direkt (via Abschreibungen) in den Wert des Konsumgutes einfließen. Durch Abschreibungen fließen der Genossenschaft Wertansprüche, welche zu Aufträgen an interne oder externe Investitionsgüterhersteller genutzt werden können. Hingegen ist es prinzipiell nicht Sinn der Genossenschaft, Wertansprüche (Gewinne) für sich zu beanspruchen, da die Genossenschaft nur Mittel zum Zweck - der Bedürfnisbefriedigung - der Genossenschafter ist. Die Selbstfinanzierung von neuen Investitionen ist somit nicht obligat gegeben. Zuerst stellt sich jedoch die Frage, wozu die über den Ersatz von Bestehendem hinausgehenden (Abschreibungen) Investition nötig ist. Produktionsmengenerweiterungen sind nötig, wenn neue Genossenschafter ins System eintreten. Durch ihre Anteilscheine bringen diese Kapital ins System, womit die zusätzlich nötigen Anlagen finanziert werden sollten.

Hier wäre es wohl angebracht, kurz zur Finanzierung der Unternehmung Stellung zu nehmen. Das Grundkapital wird durch die Anteilsscheine der Genossenschafter gebildet. Nötigenfalls kann dieses durch Fremdkapital ergänzt werden. Bei Knappheit von Mitteln ist zu beachten, dass Kapital nichts anderes als die Akkumulation von Werten aus Konsumverzicht ist. Möglicherweise muss mit beschränkten Mitteln der Aufbau begonnen werden, und erst durch den Verzicht auf Konsum wird im Laufe der Zeit Kapital gebildet. Dies ist zwar bestimmt nicht einfach, denn aufgrund der beschränkten Produktionsmittel wird die produzierte Gütermenge bereits knapp sein, um die Bedürfnisse zu decken. Dennoch sollte nötigenfalls durch Konsumverzicht Kapital gebildet werden, um den Fortschritt zu garantieren.

Diese interne Kapitalbildung durch Konsumverzicht kann über zwei Wege erfolgen: Entweder über die individuellen Sparinteressen der Genossenschafter, oder durch einen Rückbehalt von Wertansprüchen. Dient dieser notwendigem Wachstum und wird mit dem Einverständnis der Genossenschafter getätigt, so ist dieser absolut vertretbar. Der generelle Rückbehalt - eine Art Abgabe oder Verteuerung der Produkte - birgt auch den Vorteil, dass die Kapitalbeteiligung über die Genossenschafter gleichmässig bleibt. Da diese Belastung jedoch nicht zu hoch sein sollte und die Sparbereitschaften sehr unterschiedlich sein können, ist eine Kapitalbildung über zusätzliche Anteilsscheine dennoch sinnvoll. Der Einfluss der Mehrbeteiligten auf die Genossenschaftspolitik wird gemäss dem Demokratieprinzip der Genossenschaft aber nicht erhöht. Um diese Kapitalschöpfung dennoch attraktiv zu halten ist in betracht zu ziehen, auf Anteilsscheine eine massvolle Verzinsung zu gewähren. Dies widerspricht zwar vielleicht den freiwirtschaftlichen Anliegen der Zinslosigkeit, ist jedoch je nach ideologischer Einstellung der Genossenschafter denkbar.

Desinvestition / Austritt

Ein Problem - speziell bei hoher Kapitalakkumulation auf eine Person - stellt ein allfälliger Austritt aus der Genossenschaft dar. Theoretisch wird dadurch auch die Konsum- und Produktionsmenge reduziert, und es wären somit auch weniger Produktionsmittel erforderlich. Da der Produktionsmittelbedarf aber nicht linear und stetig differenzierbar im Verhältnis zur Anzahl Genossenschafter steht sondern stufenartig, ist dies nicht so einfach. Austrittsbestimmungen und Kündigungsfristen sind deshalb wohl bedacht in die Genossenschaftsstatuten zu integrieren. Es soll zwar keinesfalls einen Zwang zur Mitgliedschaft bestehen, aber Schwankungen im Mitgliederbestand sind äusserst ungünstig. Deshalb ist die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit - also die Attraktivität der Genossenschaft für den Genossenschafter - von grosser Wichtigkeit.

5.3 Führungsstruktur

Es sind zwei Möglichkeiten zur Führung eines solchen produktiv-/konsumgenossenschaftlichen Systems vorstellbar. Einerseits können eine Vielzahl von Konsum- und Produktivgenossenschaften bestehen, welche in einer Sekundärgenossenschaft zusammengeschlossen sind. Die Haushalte sind Mitglied je einer Produktiv- und Konsumgenossenschaft und stehen mit diesen in einer Leistungs- und Eigentumsbeziehung. Die Primärgenossenschaften können nach Gewerbe, Produkte Regionen oder Interessengemeinschaften gegliedert sein. Zwischen den Primärgenossenschaften existieren Handelsbeziehungen. Beispielsweise Ackerbau-, Müller- und Bäckerproduktivgenossenschaften, deren Produkte dem Herstellungsprozess folgend die Primärgenossenschaften durchlaufen und in Lebensmittelkonsumgenossenschaften - einer in der Region A und die andere in der Stadt B - abgesetzt werden. Die Sekundärgenossenschaft - in welche die Interessen der Primärgenossenschaften einfließen - bestimmt normative Richtlinien, regelt Randbedingungen, übernimmt möglicherweise Aussenhandelsbeziehungen und strategische Planung.

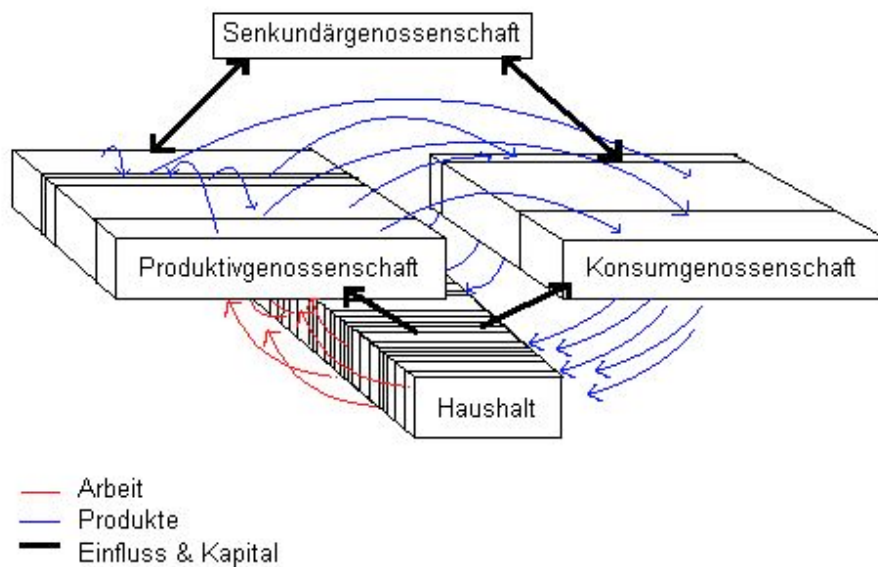


Abb. 5.9

Die Sekundärgenossenschaft hat so gewissermassen nur regulierende Funktion, ihr Einfluss ist beschränkt. Es könnte die Gefahr bestehen, dass Differenzen zwischen Primärgenossenschaften - respektive deren Mitgliedergruppen - entstehen oder durch die Vielzahl der Handelsbeziehungen die Wertbildung unüberblickbar wird. Die Segmentierung führt gewissermassen wieder zu möglichen Verantwortungs-Einwirkungsdifferenzen, dafür sind die Primärgenossenschaften klein und agil.

Die zweite Möglichkeit wäre die Bildung einer Versorgungsgenossenschaft, welche die Interessen der Haushalte aufnimmt und entsprechend Produktiv- und Konsumabteilungen lenkt und finanziert. Dies würde eine einfachere Koordination und Durchsetzung normativer Regelungen ermöglichen. Die Abteilungen können wie die Primärergenossenschaften im obigen Modell ebenfalls nach Gewerbe, Produkt oder Region unterteilt werden.

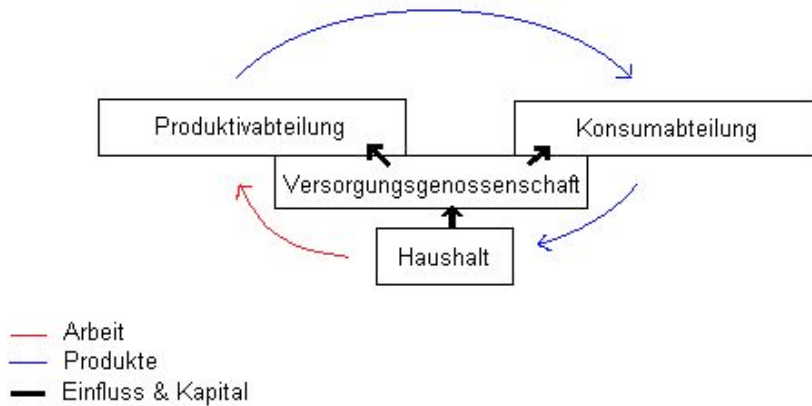


Abb. 5.10

Jedoch bewegt man sich so ab einer gewissen Mitgliederzahl Richtung grosse und träge Planungsbürokratie. Bis zu einer kritischen Grösse scheint Planung und Führung von Unternehmungen jedoch effizient möglich zu sein, wie global agierende kapitalistische Unternehmen heute beweisen.

Während das erste System zu einem dichten Netz von Beziehungen, möglicherweise auch Verknüpfungen unter verschiedenen Sekundärergenossenschaften führen würde, bilden die Versorgungsgenossenschaften gegen aussen eine Einheit, was jedoch keinesfalls einer Isolation gleichkommen muss. Produktiv-/Konsumgenossenschaftliche Unternehmungskomplexe können unabhängig von Führungsstruktur in Handelsbeziehungen untereinander oder gegenüber kapitalistischen Unternehmungen stehen.

6 Konzeptanalyse

6.1 Stakeholder Ansatz

Die Unternehmung sieht sich gegenüber vielen Zielgruppen konfrontiert, die mittels ihrer Macht das Handeln der Unternehmung zugunsten ihrer Interessen beeinflussen wollen. Dadurch entstehen Spannungsfelder zwischen den Interessen dieser sogenannten Stakeholder. Beispielsweise widerspricht das Interesse des Kunden an einem tiefen Preisen den Interessen der Kapitalgeber nach hoher Rendite, der Umwelt nach nachhaltiger Nutzung und der Angestellten nach hohen Löhnen. Die Unternehmung muss sich in diesem Spannungsfeld den Mächten der Gruppierungen fügen. Eine nähere Betrachtung ergibt jedoch, dass Angestellte, Kapitalgeber, Anwohner und Kunden schlussendlich die selben Personen sind, welche lediglich aufgrund ihrer beschränkten Rationalität widersprüchliche Forderungen an die Unternehmungen stellen. Bei einer freien Wahl der Unternehmungen als Produktanbietern und Arbeitabnehmer sind diese Diskrepanzen wenig augenfällig, da die Konsequenzen aus einem unrationalen Kauf sich nicht auf die persönlichen Arbeits- oder nahen Umweltbedingungen auswirkt. Ist der Produktions-Konsumtionszyklus klarer ersichtlich - wie bei der Produktiv-Konsumgenossenschaft - so muss das Individuum respektive der Haushalt zuerst für sich seine Interessen als Angestellter, Kapitalgeber, Kunde und Anwohner abwägen. Somit entsteht ein einziger Stakeholder "Haushalt", welcher seine abgewogenen Interessen in die Unternehmung einbringen kann. Weitere Stakeholder bleibt der Staat respektive die Gesamtgesellschaft als solches sowie die natürliche Umwelt. Gesetze und interne Nachhaltigkeitsrichtlinien (Wertdefinition) sollen dazu führen, dass das Spannungsfeld um die Unternehmung zu einem harmonischen Gleichgewicht wird.

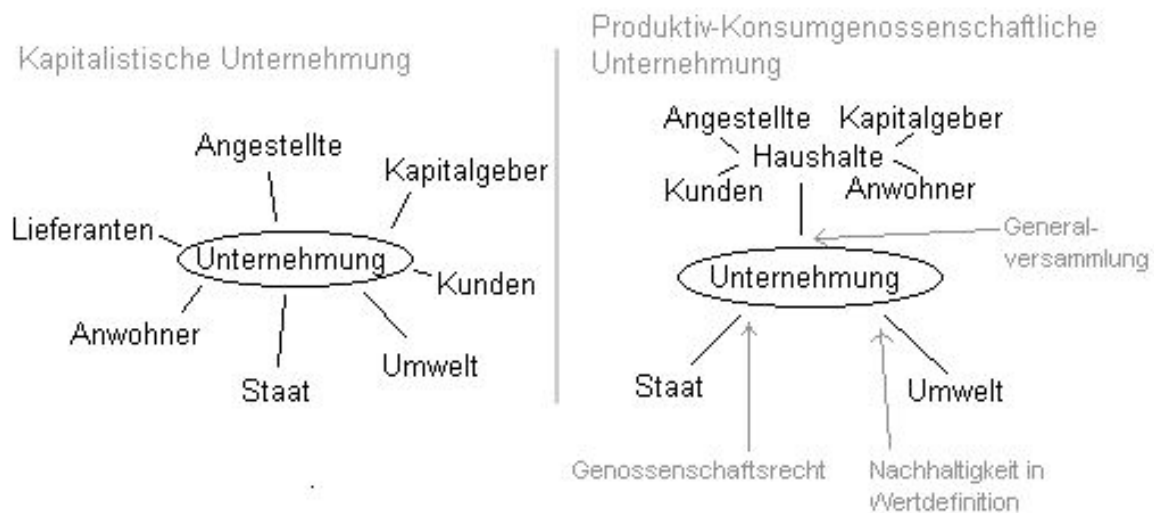


Abb. 6.1: Stakeholder Ansatz

6.2 Markt oder unternehmerische Planung

Ich möchte mich im Folgenden versuchen darzustellen, wie Haushalte, Märkte und Unternehmungen zu einem Wirtschaftssystem verknüpft sein können. Daraus resultiert auch die Frage, ob eine Trennung zwischen Produktion und Konsum nötig ist und in wie fern diese auch bei einer produktiv-genossenschaftlichen Unternehmung vorhanden ist.

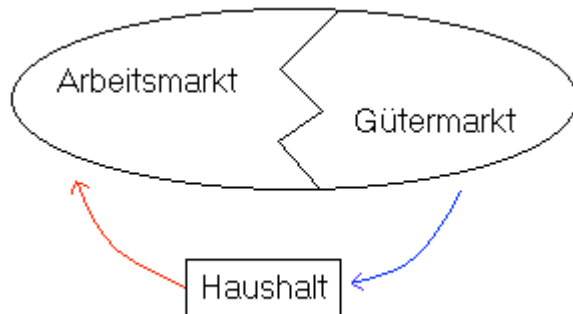


Abb.6.2: Marktwirtschaft ohne Unternehmungen

Wirtschaften wäre auch ohne Unternehmungen möglich, wobei Haushalte ihre Leistungen direkt an andere Haushalte anbieten. Die Güterverteilung und Produktionssteuerung erfolgt über einen verschmolzenen Arbeits-Gütermarkt und es liegt keine Trennung zwischen Produktion und Konsum vor. Aufgrund der Unüberschaubarkeit des Marktes - welche aus der beschränkten Rationalität des Menschen und Informationsverfügbarkeit resultiert - entstehen hohe Transaktionskosten. Kapital, Angebotsinformation und Produktionswissen ist diffus verteilt und nur schwer verfügbar. Auch Spezialisierung und "unternehmerisches Handeln" - Initiative, Innovation und überbrücken respektive ausnutzen von Mangelsituationen - führen dazu, dass Unternehmungen entstehen, welche durch ihre hierarchisch organisierte Güterproduktion die Transaktionskosten senken können und somit gesamtwirtschaftlich effizienter funktionieren.

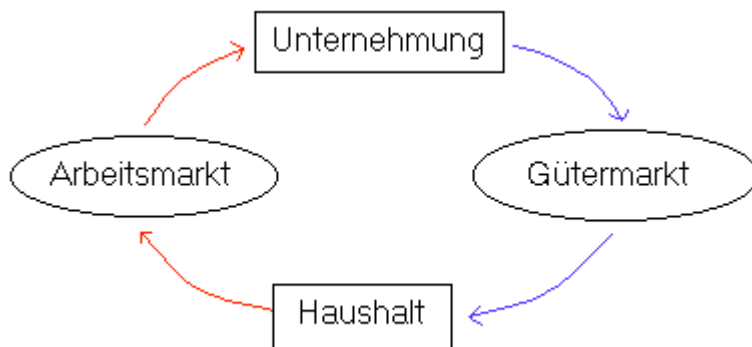


Abb. 6.3: Marktwirtschaft der Haushalte und Unternehmungen

Die Unternehmung positioniert sich zwischen Arbeitsangebot und Güternachfrage und teilt somit den Markt in zwei Teile. Die beiden Märkte trennen die konsumierenden Haushalte von den produzierenden Unternehmungen, eine Trennung von Produktion und Konsum liegt vor. Der Kapitalmarkt - der Übersicht wegen nicht dargestellt - ist eine weitere Schnittstelle zwischen Haushalten und Unternehmungen.

Durch diese Trennung erfolgt jedoch gleichzeitig ein Machtkampf zwischen Unternehmen und Haushalten. Auf der Seite des Gütermarktes spricht man von Käufer- oder Verkäufermärkten, je nach Machtstellung der Wirtschaftssubjekten. Im Falle eines Nachfrageüberhangs (z.B. Nachkriegszeit) können Unternehmungen Menge und Art der Angebotenen Ware bestimmen, bei Überangebot (heute) bestimmen die Konsumenten, was produziert werden soll. Unternehmungen können jedoch über gezieltes Marketing Einfluss auf den Konsumenten wahren. Umgekehrt sieht die Situation auf dem Arbeitsmarkt aus. Je nach Beschäftigungslage müssen Unternehmungen sich bemühen, Leute zu finden, oder sie können aus einem Überangebot selektionieren.

Unternehmungen, welche ursprünglich Instrumente zu einer effizienteren Güterproduktion darstellten, entwickeln so gewissermassen Eigeninteressen, beeinflusst durch ihre Stakeholder (siehe vorhergehender Abschnitt). Ungleiche Machtverhältnisse können zu Spannungen in der Gesellschaft führen. Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der Sowjetunion kann als Konsequenz daraus angesehen werden. Auch wenn in der Sowjetunion weder Kommunismus noch Planwirtschaft absolut realisiert wurde, stellt die Planwirtschaft ein Modell dar, in welchem Haushalte direkt mit einer Unternehmung interagieren und planmässig ihre Bedürfnisse zu befriedigen versuchen.

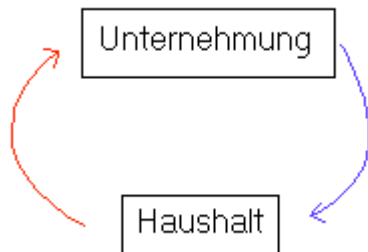


Abb. 6.4: Planwirtschaft

In der Realität blieben Märkte jedoch stets vorhanden (Kolchoz-Märkte) und werden zur optimalen Güterallokation auch immer nötig bleiben. Zumindest ab einer bestimmten Grösse sind die Koordinationskosten in einem rein hierarchischen System kaum geringer als die Transaktionskosten in einem anarchischen System. Eine zentrale Planwirtschaft in der Grösse der Sowjetunion hat diese Grösse wohl überschritten, und die Machtakkumulationen in den lenkenden Stellen der Planungsbehörden verleiten zu sehr zu Machtmissbrauch.

Die Frage nach der kritischen Unternehmensgrösse stellt sich auch bei einer produktiv-konsumgenossenschaftlichen Unternehmung. Es handelt sich jedoch nicht um staatlich-zentralistische Zwangsgebilde, sondern um freie Wirtschaftssubjekte, welche sich im Wettbewerb bewähren müssen. Die optimale Grösse wird sich im Wettbewerb einstellen, da zu grosse Systeme mit übermässigen Koordinationskosten respektive unüberschaubarer Bürokratie kämpfen, während kleine Gebilde durch Wachstum Transaktionskosten sowie Transformationskosten (economy of scale) reduzieren können. Bei einem Minimum von Transaktions- Transformations- und Koordinationskosten - kombiniert mit nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung - wird sich die optimale Produktiv-Konsumgenossenschaft positionieren. In einem Wettbewerb, in welchem gesamtwirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden (externe Effekte), wird sich das Modell zu bewähren haben und die optimale Grösse finden.

Bezüglich Aufteilung von marktlicher oder unternehmerischer Organisation hält die produktiv-konsumgenossenschaftliche Unternehmung an der Bindung zwischen Haushalt und Unternehmung fest. Dadurch kann langfristig Verantwortung im Bereich der Güterversorgung und Arbeitsangebot wahrgenommen werden. Die Produktionslenkung soll jedoch nicht über reine Planung erfolgen, sondern über einen internen Markt geregelt werden.

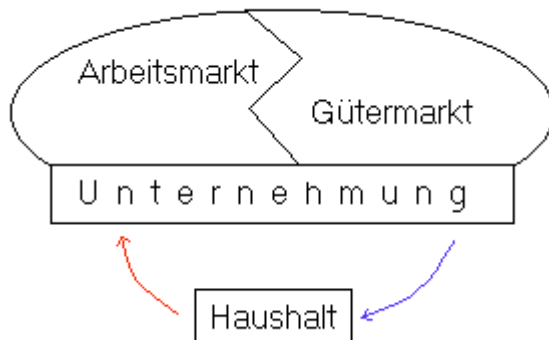


Abb. 6.5: Planung mit internem Markt

Die Unternehmung stellt eine Plattform dar, welche Infrastruktur anbietet und die Produktion und Versorgung koordiniert. Die Impulse werden jedoch durch die Konsum- und Produktivpräferenzen des Haushaltes gesetzt. Durch die Bindung an die Unternehmung sollen Transaktionskosten reduziert werden, die Koordinationskosten sollen durch die Marktlenkung der Produktion in Grenzen gehalten werden.

Eine Trennung zwischen Produzenten und Konsumenten erfolgt zwar nicht personal - das heisst die Personengruppen decken sich weitgehend - jedoch funktional. In der Unternehmung erfolgt die Produktion kollektiv - wodurch Organisation, "economy of scale" und Spezialisierung zu Effizienz führen sollen - während der Konsum individuell in Haushalten erfolgen kann. Kollektiver Konsum (eine Gemeinschaft = ein Haushalt) - wie oft in Kommunen/Kibbuz ausgeübt - soll zwar nicht ausgeschlossen sein, ist jedoch keine Bedingung. Dem Bedürfnis nach Individualität und familiärer Sphäre wird durch individuellen Konsum (eigene private Haushalte) besser Rechnung getragen. Der kollektive Zusammenhalt kann über die gemeinsame Produktion dennoch aufrechterhalten werden.

Der Kapitalmarkt ist jedoch weiterhin ein Markt, welcher zwischen Haushalt und Unternehmung bestehen bleibt - so die Existenz von individuellem Kapital vorausgesetzt ist. Durch die Verbundenheit zur Unternehmung und die genossenschaftliche Philosophie (1 Mitglied = 1 Stimme) sollten durch den Kapitalmarkt jedoch keine zu grossen Spannungen entstehen. Durch mangelnde Attraktivität - je nach Ausgestaltung - könnte jedoch ein Defizit in der Investitionstätigkeit entstehen und die Entwicklung der Unternehmung entsprechend gehemmt werden. Vorstellbar ist auch, sich des externen Kapitalmarktes zu bedienen, wodurch jedoch eine entsprechende Attraktivität Voraussetzung wäre.

Über den gesamten Wirtschaftsraum betrachtet existiert auch ein Markt der Systeme. Einerseits zwischen produktiv-konsumgenossenschaftlichen Unternehmungsgebilden, andererseits gegenüber marktwirtschaftlich offenen Unternehmungen. Auch hier ist zur erfolgreichen Umsetzung produktiv-konsumgenossenschaftlicher Ideen eine hohe Attraktivität von Nöten, welche aus einer stabileren und sicheren Versorgung resultieren soll. Die Fähigkeit, dieses Ziel zu erreichen wird darüber entscheiden, ob sich diese Wirtschaftsform im Markt der Systeme durchsetzen wird oder nicht.

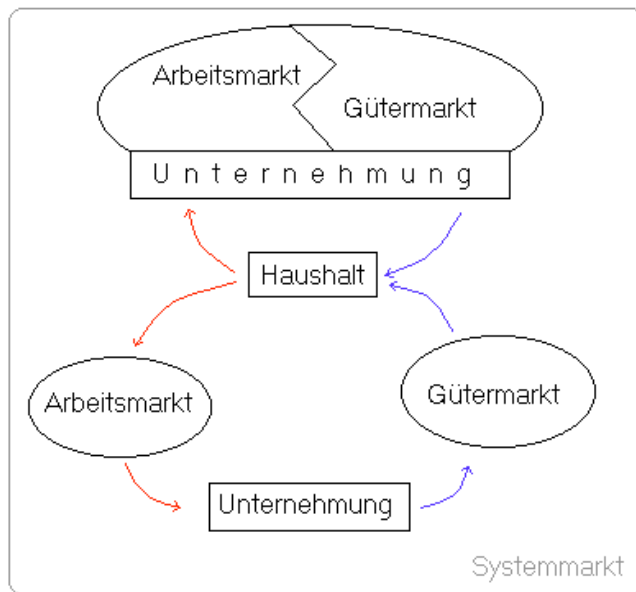


Abb.6.6: Markt der Systeme

6.2 Entwicklungsmöglichkeiten

a) Chance für eine ökologische Ökonomie

Ökonomischer Umgang mit Ressourcen ist die Grundaufgabe der Wirtschaft. Während heute menschliche Arbeitskraft als Ressource zentrale Bedeutung hat und natürliche Ressourcen wenig beachtet werden, wird mit der Verknappung dieser ihre Beachtung zunehmen müssen. Die optimale Nutzung natürlicher Ressourcen kann nur gewährleistet werden, wenn Verantwortung übernommen wird und geeignete Instrumente das Auftreten externer Kosten vermeiden. Eine weitgehende Selbstversorgung vereinigt Kompetenzen weitgehend mit Verantwortung, ein zeitbezogener Wertmassstab integriert natürliche Werte in das ökonomische Handeln.

Der Einbezug der ökologischer Werte in die Ökonomie mag der Wirtschaft nach deren heutigen Verständnis schaden, da diese auf die Übernutzung natürlicher Ressourcen angewiesen ist. Da dies gesamtwirtschaftlich längerfristig nicht tragbar ist und eine globale Entwicklung unter diesen Voraussetzungen aufgrund Ressourcenmangels verunmöglicht ist, ist eine ökologisch verträgliche Ökonomie unumgänglich. Die Produktiv-Konsumgenossenschaft als nicht gewinn-, sondern bedürfnisorientierte Unternehmung soll hier wegweisend

sein. Denn zu langfristiger, rationale durchdachter Bedürfnisbefriedigung gehört auch der Erhalt der natürlichen Umwelt.

b) Chance für globale Entwicklung

Mit ihrem Ressourcenverbrauch kann eine europäisch-nordamerikanische Wirtschaft kein Vorbild für eine globale Entwicklung sein. Nicht nur die natürlichen Ressourcen reichen dazu nicht aus, die europäisch-nordamerikanische Wirtschaft ist auf günstige Arbeitskräfte aus "Billiglohnländern" angewiesen. Wäre das Lohnniveau weltweit ausgeglichen - was einer gerechten Wirtschaftssituation entsprechen würde - so wäre Billigproduktion (Handarbeit für Textilien etc) nicht mehr möglich. Deshalb ist mit dem Status quo kaum eine ausgeglichene Weltwirtschaftslage zu erreichen, die heute Bevorteilten müssten zu einem ökonomischen Umgang mit allen Ressourcen finden - unabhängig von globaler Lage oder natürlicher Herkunft - was Verzicht bedeuten würde. Mit einem neuen Wertmassstab kann die Problematik verständlich und greifbar werden, sodass langfristig und global Handel mit angemessenen Preisen betrieben werden kann. Dies ist eine Voraussetzung für ein friedliches globales Zusammenleben, da andernfalls Ungerechtigkeiten zu Gewalt und Krieg führen (siehe Terrorismus der jüngsten Zeit).

Genossenschaftliche Instrumente können in wirtschaftlich unsicheren respektive rückständigen Ländern möglicherweise Mittel zur Selbsthilfe bieten. Gerade in der ehemaligen Sowjetunion existiert eine breite Erfahrung mit genossenschaftlichen Institutionen, welche jedoch in der Euphorie der Öffnung zum Kapitalismus vernachlässigt wurden. Der ins Stocken geratene Fortschritt und die sozialen Probleme haben heute das blinde Vertrauen in die kapitalistischen Instrumente etwas gedämpft. Auch in kommunistischen Ländern wie Kuba und China könnten solche freiheitliche soziale Institutionen eine Alternative zum (ineffizienten?) zentralen Planungssystem darstellen. In Afrika hatten die ursprünglichen "Stammeswirtschaften" genossenschaftliche Züge, während die vom "zivilisierten" Ländern implementierten Systeme eher Ausbeutung und Korruption mit sich brachten. Deshalb denke ich, dass genossenschaftliche Mittel einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Erde beitragen könnten, so wie sie dies zur Zeit der Industrialisierung in Europa haben.

c) Chance für die Gesellschaft

Nicht nur Entwicklungsländer, sondern auch in sogenannte hochentwickelte Länder existieren Verbesserungspotential. Einerseits würden sie bestimmt von einer verbesserten friedlichen Weltlage durch Behebung der ökologischen und global-sozialen Missstände profitieren. Andererseits bestehen auch innerhalb der einer hochentwickelten Gesellschaft Probleme wie Arbeitslosigkeit, Stress, Depressionen und Suizid. Arbeitseffizienz wird sofort durch erweiterte Produktion respektive Schaffung neuer Bedürfnisse kompensiert. Während Transformationskosten sinken, wachsen Transaktionskosten. Unser System erfordert Wirtschaftswachstum, auch wenn dies wenig zur Erfüllung unseres Lebenszieles beiträgt. Sinnfragen des Lebens treten öfter auf als in Regionen, wo die Existenzbedürfnisse nicht gesichert sind. Die Menschen sind nicht zwingend glücklicher, da Stress, gesellschaftliche Isolation oder Ähnliches psychisch genauso belasten wie die physisch schwierigen Umstände in weniger entwickelten Regionen.

Die produktiv-konsumgenossenschaftliche Unternehmung ist nicht auf Wirtschaftswachstum, sondern auf Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet. Durch den Wertmassstab Zeit können auch immaterielle Werte bewertet werden und in den Tauschhandel einfließen. Durch die direkte interne Wertbildung sind Einkommensdifferenzen einfacher verständlich und nehmen bei genügend Flexibilität auch nicht Grössenordnungen an, welche zu Unmut in der Gesellschaft führen. Freizeit erhält einen realen Wert, sodass diese nicht lediglich verpasste Arbeitsleistung darstellt. Konzentration auf die Befriedigung existenter Bedürfnisse statt Schaffung neuer Bedürfnisse erzeugt zwar weniger Wirtschaftswachstum, dafür unter Umständen eine glücklichere Gesellschaft.

7 Quellenverzeichnis

Genossenschaftstheorie

- Zerche, Jürgen / Schultz, Reinhard: "Genossenschaften als Kooperation: Einführung in ein wirtschaftswissenschaftliches Sondergebiet", Transfer-Verlag, Regensburg 2000
- Flieger, Burghard: "Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung", AG SPAK Publikationen, München 1984

Kommunen

- Yad Tabenkin, Forschungsinstitut der Vereinigten Kibbuzbewegung TAKAM, <http://www.communa.org.il>
- Lalit Kishor Bhati: "Study of Industries in Auroville", 1998, www.auroville.org/economy/chapter0.htm

Kibbuz

- Lau, Eckart: "Die Produktivgenossenschaft in Israel", Zentral-Verlag für Dissertationen Tritsch Düsseldorf, Berlin 1959
- Kibbuz Studien, Veröffentlichung von Yad Tabenkin, Forschungsinstitut der Vereinigten Kibbuzbewegung TAKAM, Heft 14, Ramat Efal, Israel 1999
- <http://schule.judentum.de/projekt/israelkibbuz.htm>

Freiwirtschaft

- Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung: <http://www.inwo.ch>
- BAG, Arbeitsgemeinschaft bundesdeutsche Tauschsysteme: Positionspapier deutscher Tauschsysteme, Stand Anfang 2000, <http://www.tauschringe.org>
- Michael Wünstel: WIR Wirtschaftsring-Genossenschaft, Rundbrief "Angebot & Nachfrage" Nr. 6 vom Dezember 1991, <http://www.tauschring.de/d0507wir.htm>
- Tagesanzeiger: „Teigwaren gegen Tangostunden tauschen“, Zürich 15. März 2001

Kolchoz

- Giese, Ernst: "Sovchoz, Kolchoz und persönliche Nebenwirtschaft in Sowjet-Mittelasien", Westfälische Geographische Studien, Münster 1973

Organisation

- Picot, Arnold / Reichwald, Ralf / Wigand, Rolf: „Die grenzenlose Unternehmung: Information, Organisation und Management“, Gabler, Wiesbaden 2001

Systems Engineering

- Rainer Züst: "Einstieg ins Systems Engineering - Systematisch denken, handeln und umsetzen", Industrielle Organisation, Zürich 2000

Abbildungen

- Abb. 5.1 – 5.10 sowie Abb. 6.1 – 6.6: eigene Darstellungen